Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil „Halle und Saalekreis" und die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Wittmaack, Magdeburg. Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. Druck von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechanschluß 1150. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die 6gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27.

Nr. 7. **Halle, Freitag den 8. Juni 1917.** **1. Jahrgang.**

Geheimes Schuldbuch.

Es dürfte an der Zeit sein, die drei Monate der russischen Revolution zusammenfassend zu betrachten, um uns ein einigermaßen klares Bild von den Geschehnissen zu machen, wobei wir selbstredend von allen Voraussagen über die Aussichten und den weitern Verlauf der Umwälzung absehen, denn die Schwierigkeiten des Verkehrs und des Gedankenaustausches zwischen Deutschland und Rußland machen es vorläufig unmöglich, hinreichendes Material zu sammeln, um daraus Schlüsse auf die Zukunft ziehen zu können.

Die russische Revolution hat eine kriegspolitische, weltpolitische und sozialistisch-proletarische Bedeutung.

Die kriegspolitische Bedeutung kann mit einigen Worten gekennzeichnet werden. Hindenburg und Mackensen haben mit ihrem russischen Feldzug des Jahres 1914/15

viel mehr erreicht, als Napoleon

mit seinem Zug im Jahre 1812, obwohl die deutschen Heerführer Moskau nicht erreicht haben. Der russische Reichsorganismus zu Anfang des 20. Jahrhunderts wurde — dank der wirtschaftlichen Entwicklung — viel empfindsamer, verzweigter und verwickelter als der zu Anfang des 19. Jahrhunderts. Schläge an der Peripherie trafen ihn jetzt viel empfindlicher und erschütterten ihn viel tiefer, als damals der Stich ins Herz. Ebenso wie Napoleon nur nach Moskau zog, um sich den Rücken in seinem Kampfe gegen England zu sichern, so sah sich auch die deutsche Heeresleitung in die Notwendigkeit versetzt, sich gegen den Osten zu schützen, um sich im Westen siegreich behaupten zu können. Sowohl bei Napoleon wie bei der deutschen Heeresleitung wurden diese Zusammenhänge erst nach und nach klar.

Schwieriger, aber sozialistisch-historisch interessanter ist es, die weltpolitische und proletarische Bedeutung der russischen Revolution vom Standpunkt des Marxismus zu behandeln.

Die russische Umwälzung ist kaum drei Monate alt und doch hat sie bereits Phasen durchgemacht, wie sie weder von der englischen Revolution im 17. Jahrhundert noch von der französischen Revolution im 18. und 19. Jahrhundert erreicht worden sind. Sie besteht bereits

aus zwei Revolutionen:

einer im März gegen die zarische Tyrannei, der andern im Mai gegen die Großbourgeoisie.

Der Zar wurde von den parallel wirkenden Kräften der Bourgeoisie und des Proletariats gestürzt. Gutschkow und Miljukow, Kerenski und Tscheidse wirkten unabhängig und gleichzeitig für dasselbe Ziel: Sturz der Selbstherrschaft.

Kaum aber war das Ziel erreicht, so begann das Auseinandergehen und der Konflikt der beiden Kräftegruppen in die Erscheinung treten. Die Vertreter der Bourgeoisie strebten nach einer konstitutionellen Monarchie mit dem parlamentarischen System — nach dem Ergebnis der „glorreichen Revolution" der obern Klassen Englands im Jahre 1688 — oder nach einem Bürgerkönigtum, um im Innern das Proletariat durch scheinbare, nur in der Phrase bestehende politische Macht an die neue Ordnung zu fesseln und — ungestört durch innere Klassenkämpfe — das

Streben der Bourgeoisie nach Eroberungen

und nach Seemacht befriedigen zu können: Galizien, West- und Ostpreußen, Posen, Konstantinopel und die Meerengen. Miljukow, Gutschkow und Genossen wähnten sich bereits die Herren der Lage und deckten ihre Eroberungskarten auf.

Das Unglück der russischen Bourgeoisie ist jedoch, daß sie zu spät zur Macht gelangt. Sie kommt zwar an die Regierung, aber zusammen mit dem Proletariat. Der Arbeiter- und Soldatenrat oder auf russisch: der Sowiet packte mit starker Faust in das von Gutschkow, Miljukow und Genossen gesponnene konstitutionell-monarchische Netz und zerriß es: die Romanows verschwanden von der Bildfläche.

Die Gegensätze zwischen den beiden Kräftegruppen nahmen unaufhaltsam ihre Entwicklung. Nach Lage der Dinge konnten sie vorerst auf weltpolitischem Gebiet ausgefochten werden, denn hier traten sie am schärfsten und unmittelbarsten zutage. Miljukow und Gutschkow entfalteten eine Kriegsagitation, hielten annexionistische Reden und versandten Rundschreiben an die Verbandsmächte, in welchen sie sich mit ihren Kriegszielen einverstanden erklärten. Der Sowiet griff abermals ein und zwang die vorläufige Regierung, ihr bekanntes Manifest vom 9. April zu veröffentlichen, in dem der Verzicht auf Eroberungen ausgesprochen wurde. Als Miljukow dann zu diplomatischen Zweideutigkeiten Zuflucht nahm, um die Alliierten über die russischen Kriegsziele zu beruhigen, da machte der Sowiet ihm im Mai denselben Prozeß, den die Bourgeoisie und das Proletariat im März dem Zarismus gemacht hatten. Die Miljukow und Gutschkow verschwanden und die vorläufige Regierung wurde umgestaltet. Der Fortschritt der Revolution zeigt sich auch in dem ziffernmäßigen Wachsen der Zahl der sozialistischen Minister von einem auf sechs.

Der Sowiet setzte seine Säuberungsarbeit in der Weltpolitik fort. Er arbeitet merkwürdig methodisch. Es wäre interessant zu erfahren, welche Köpfe dort eine wirkliche Rolle spielen. Er verlangt die

Veröffentlichung der Geheimverträge,

um an der Hand der Dokumente die Vorgeschichte des Weltkriegs und die Verpflichtungen Rußlands kennenzulernen. Die bürgerlichen Elemente des Ministeriums setzen diesem Verlangen den zähesten Widerstand entgegen.

In seiner letzten Unterredung mit den Vertretern der russischen Presse erklärte der neue russische Minister des Auswärtigen, Terestschenko: „Die sofortige Veröffentlichung der Verträge würde den Bruch mit den Verbündeten bedeuten und zur politischen Vereinsamung Rußlands führen. Eine derartige Handlungsweise würde notwendigerweise eine Sonderstellung Rußlands nach sich ziehen und würde der Anfang des Sonderfriedens sein." Der für Mitte Juni einberufene Kongreß sämtlicher Arbeiter- und Soldatendelegiertenräte Rußlands wird sich mit dieser Frage beschäftigen und hierüber beschließen.

Allem Anschein nach ist der Sowiet zur Ueberzeugung gelangt, daß auch das französisch-russische Bündnis keinen rein defensiven Charakter trägt. Die französischen sozialistischen Delegierten Cachin und Moutet, die in Petersburg einige Wochen weilten, unterhielten sich hierüber mit den Mitgliedern des Sowiet. Den Inhalt dieser Aussprache teilten sie in der letzten

Geheimsitzung der französischen Kammer

mit. Er wird den Gegenstand lebhafter Diskussionen gebildet haben, denn Ministerpräsident Ribot bezog sich in seiner letzten Rede in erregten Worten auf diesen Gegenstand und behauptete, daß das französisch-russische Bündnis ausschließlich Verteidigungszwecke im Auge habe. Es ist jedoch zweifelhaft, ob der Sowiet dieser Versicherung Glauben schenken wird. In russischen revolutionären Kreisen herrscht vielmehr die Ansicht vor, daß das französisch-russische Bündnis unmittelbar vor dem Ausbruch des Weltkriegs eine verhängnisvolle Rolle gespielt habe. Die Reise Poincarés nach Petersburg und die Machinationen des russischen Botschafters Iswolski in Paris im Juli 1914 bestärken sie in ihrer Ansicht. Iswolski mußte deshalb seine Entlassung nehmen. Gleich seinen literarischen Wortführern Miljukow und Gutschkow verschwindet auch dieser gefährliche Intrigant, der bekanntlich in französischen sozialistischen Kreisen sogar im Verdacht steht, an der Ermordung von Jaurès beteiligt gewesen zu sein. —

Jede Blume aus Blutstropfen.

Mit Superlativen sonder Zahl beschreibt Luigi Barzini seine Berichte über die Karstschlacht im „Corriere della Sera". Die Berge, die die Italiener vor zwei Jahren so unschuldsvoll dünkten, daß sie von ihrem Kriege nur als von einem „Spaziergang" sprachen, werden jetzt mit allen Schaudern der Romantik umkleidet, um es einigermaßen verständlich erscheinen zu lassen, worum sich die Italiener an ihnen zu Tode bluten.

„In der ganzen Welt", schreibt Barzini, „gibt es kein Schlachtfeld wie das unsre, in dem jeder Abschnitt sein ganz besonderes Gepräge, seinen ausgesprochenen, nur ihm eigentümlichen Charakter hat. Die Gipfel, Einsattlungen, Schluchten, Hügel, auf denen gekämpft wird, nehmen in unserer Phantasie die Form grotesker Lebewesen an, deren jedes seine eigne Taktik, seine höchst persönliche Kampfweise hat. Gegen jeden dieser steinernen Feinde will auf andre Weise gekämpft sein. Der wilde, gewaltige Kuk hat wie ein brutaler Riese zugeschlagen, der alles in einen Hieb legt und, einmal überwunden, sich nicht mehr erhebt. Das Bodice-Massiv ist der Athlet, der noch wütend um sich schlägt wenn er schon den Boden mit der Schulter berührt, sich wieder aufzuraffen sucht und den Gegner beißt und zerkratzt. Gipfel gibt es, die angreifen, Einsattlungen, die sich verzweifelt bis zum äußersten wehren, Bergkämme, die ungefährlich scheinen, aber heimtückisch in den Hinterhalt locken. So stark fühlen wir sie als lebende Wesen, daß wir uns über ihre Absichten den Kopf zerbrechen, als konzentriere sich eine Feindseligkeit hinter diesen grimmen Bergstirnen, deren sich die Oesterreicher nur zu bedienen brauchen. Die furchtbarsten Hindernisse tritt uns in der Tat die Natur entgegen.

Geraume Zeit schon wütete die Schlacht in dem schauerlichen Aufzug gewappneter Berge, nur der Karst lag noch immer geheimnisvoll und finster abseits auf der Lauer. Er wartete auf seine Stunde. Während die Isonzoschluchten von gräßlichem Donnerkrachen widerhallten, lag er in unheimlicher Ruhe da, aus der die Erwartung kreischte. Am stärksten bewaffnet, am besten ausgebaut, verharrte der Karst, das

furchtbarste der kriegführenden Massive,

am längsten in seiner schweigenden Untätigkeit. Aber dieser schwerfälligen Schläfrigkeit war nicht zu trauen. Von hier zog der Feind weder Leute noch Kanonen fort, um bedrängten Stellungen zu Hilfe zu kommen. Im Gegenteil, immer neue Reserven schaffte er noch bis zuletzt heran, und mit den größten Kalibern mit Dreadnoughtgeschützen suchte er die Isonzoebene ab, um unsre Lebenszentren zu zerstören, so daß aus ihrem lichtvollen Grunde, der an das Meer, dessen Vorläufer er ist, gemahnt, bald hier, bald dort Riesenfeuersäulen wie große Brände gen Himmel loderten.

Die stärksten Verteidigungswerke, die dichtesten Menschenwogen, die zahlreichste Artillerie hatte der Feind auf dem Karste gruppiert, der schon an und für sich eine finstere kolossale Festung ist. Jede Höhle ist eine sozusagen unbezwingbare Feste, ein uneinnehmbar scheinendes Gewahrsam. Eine ganze Armee kann in den phantastischen

Eingeweiden des Berges

in vollkommener Sicherheit den Augenblick ihres Eingreifens abwarten. Der große Gürtel natürlicher Grotten liegt gerade in dem gegenwärtigen Frontbereich. Von Stalaktiten funkelnde unterirdische Hallen trifft man dort um so zahlreicher, je weiter man nach Osten kommt. Unermüdlich hat sich der Feind hier ein ganzes Jahr lang verschanzt. Unendliche Gänge hat er in den Fels gehauen, komplizierte Verteidigungssysteme ausgeklügelt, nicht auffindbare Maschinengewehrverstecke in größter Anzahl angelegt und sie mit Steinen und Reisern maskiert. Und nicht nur auf die hochgelegene Front hat er seine Vorsichtsmaßregeln verschwendet, die alle Erfahrungen dieses Krieges in sich einbegreifen, auch die tiefer gelegenen Regionen hat er mit einem unentwirrbaren Labyrinth von Hindernissen gespickt.

Einst bildeten die Schützengräben eine sich schlängelnde Linie, heute sind sie ein weitverzweigtes Straßennetz, das nach jeder Richtung hin verläuft, sich zu den phantastischsten Arabesken kräuselt, in jedem Punkt ein unübersehbare Fülle aufeinanderfolgender Hindernisse bildet. Sie sind derart angelegt, daß, wenn auch eine Linie eingedrückt ist, sofort andre zur Seite und gegenüber die Verteidigung aufnehmen. Die Angreifer, die in die vordersten Gräben gedrungen sind, sehen sich in Irrgängen von weiteren Schützengräben gefangen. Die Schwierigkeiten einer solchen Kriegführung sind fabelhaft.

Noch am 22. ruhte über dem Zentralmassiv des Karstes das große Schweigen. Dann brach das wildeste, wüsteste, fürchterlichste Feuergewitter los, das wir in diesem Krieg erlebt haben, vielleicht war es das gewaltigste aller Schlachten.

Wenn man den westlichen Höhenzug des Karstes überschreitet, jene historischen Kuppen, die sich seit einem Jahre vom Kampf erholen, auf denen jede Blume aus Blutstropfen aufsprießt, enthüllt sich mit einem Mal ein riesiges Panorama von sintmgepeitschten Wolken, ein Chaos lodernder, wildbewegter vielfarbener Dünste, ein Wallen und Brodeln dickflüssiger Nebel, daß man glaubt, ein Gewitter mit bizarren Blitzen aus der Vogelschau zu betrachten. Es ist, als ob vom Faiti Hrib bis zum Meere

der ganze Karst ein Höllenkessel

wäre, der die Welt in Flammen ertränken wollte. Wenn die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170608-16/fragment/page=0001

Bors mit heftigem Blasen plötzlich dazwischen fuhr, sagten die Explosionsstrahlen, sich plötzlich bäumend, wie gehetzt, gleich einem gespenstischen Geisterheer in Flammenmänteln am Himmel daher. Von allen Seiten funkelten Myriaden von Blitzlichtern auf, und der Boden erbebte von dem endlosen Donnergerroll.

Wer den Karst früher gesehen hat, wird ihn nicht mehr wiedererkennen. Kostranjevica ist verschwunden, ist nur noch ein Haufen weißlichen Gerölls. Temniza ist ein bloßer Fleck auf einem nackten Hügel und lag doch einst in Wälder gebettet. Es gibt keinen Baum mehr, es gibt keine Wiese mehr, das ganze Hochplateau ist eine wüste Einöde zertriebenen Gesteins mit ein paar letzten aschenfarbenen Sträuchern. Der Karst scheint heute ein Stück eines toten Planeten. Er erinnert an den Mond, so farblos, einförmig, ausgestorben ist er.

Das Leichentuch von Rauch wird undurchdringbar. Die Schlacht der Infanterien löst sich im Unsichtbaren auf, in einem Wolkenmeer, das diesem Ringen eine sagenhafte Größe gibt. Einmal ist das Tal derartig mit Rauch angefüllt, daß man an einen Gasangriff glaubt und alles die Gasmaske in Bereitschaft hält.

An einen Felsen gelehnt, sieht ein alter General nachdenklich auf das grandiose, unwahrscheinlich anmutende Bild. Plötzlich wendet er sich zu den ihn im Halbkreis umringenden Offizieren und ruft: „Ich möchte wohl wissen, was Napoleon, wenn er noch auf der Welt wäre, im modernen Krieg anfinge, er, der fünfhundert Schritt hinter der Infanterie vom Gestüt [illegible] Pferdes aus die ganze Schlacht überblicken konnte."

Die energische, warme Stimme des Generals verrät ihn, auch ohne daß man seine Züge wahrnimmt. Es ist Cadorna. Einen Augenblick entblößt ein Lächeln seine Zähne, dann verfällt er wieder in Nachdenken vor dem rauchenden Höllenloben der Schlacht."

Eine Woche nach Beendigung der 19tägigen zehnten Isonzoschlacht haben die Italiener auf demselben Karst einen Teil ihres Raumgewinns wieder hergeben und dabei 10 000 Gefangene den Gegnern überlassen müssen. Da erstarb Cadornas Lächeln. —

Was der Krieg bringt.

Stockholm.

In Erwartung der Franzosen.

Für die Verhandlungen mit der Vertretung der deutschen Sozialdemokratie sind die Tage bis Freitag, vielleicht bis Sonnabend, in Aussicht genommen. Die Unabhängigen treffen am Freitag in Stockholm ein, es wird aber kaum vor Montag mit ihnen verhandelt werden.

Die tschechischen Separatisten Nemec, Smeral und Habermann erhielten durch Intervention des deutschösterreichischen Sozialdemokraten Seitz Pässe, sie werden Mitte Juni hier erwartet.

Das Internationale Bureau erreichte für verschiedene Kriegsgefangene, deren Tätigkeit für die Stockholmer Friedensarbeit wichtig sein kann, wertvolle Erleichterungen. So wurde eine erhebliche Besserung der Lage Dr. Otto Bauers erzielt, der im ersten Kriegsjahr als österreichischer Leutnant in Galizien gefangengenommen wurde und seitdem in einem Lager am Baikalsee untergebracht war. Es besteht begründete Aussicht, seine Entlassung nach Stockholm zu bewirken, wo er als Sekretär des Internationalen Bureaus arbeiten soll. Der von der rumänischen Regierung in Jassy der russischen Regierung ausgelieferte Genosse Rakowski hat jetzt freies Bewegungsrecht in Petersburg. Umgekehrt wurden auch für Kriegsgefangene in Oesterreich wesentliche Besserstellungen erzielt, namentlich für das Bureaumitglied Pawlowitsch. Auch Kazlerowitsch darf sich in Belgrad frei bewegen.

Trotz der Rede Ribots erwartet das holländisch-skandinavische Komitee bestimmt die baldige Ankunft Renaudels und Longuets. Fest steht, daß Roberts und Clynes von der englischen Arbeiterpartei und Macdonald von der Vereinigten unabhängigen Arbeiterpartei und Sozialistenpartei bereits unterwegs sind. Nach Beendigung der Verhandlungen mit den Engländern und Franzosen wollen Branting, van Kol, Albarda und Huysmans mit ihnen nach Petersburg reisen. —

*

Bindende Beschlüsse.

Der Rat der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten erklärt in seiner Einladung zur Stockholmer Konferenz, die in der Zeit vom 28. Juni bis 8. Juli stattfinden soll, er sei überzeugt, daß die Organisationen, die die Einladung angenommen haben, die Verpflichtung übernehmen werden, für die Durchführung aller angenommenen Beschlüsse zu sorgen. —

*

Gegen Stockholm und die Deutschen.

Einer Reutermeldung aus Petersburg zufolge richteten Henderson, Thomas und Vandervelde einen Brief an den Vertreterausschuß des Arbeiter- und Soldatenausschusses, in dem sie ihr großes Erstaunen über die Einberufung einer internationalen Konferenz aussprechen. In dem Briefe wird darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen mit den britischen, französischen und belgischen Deputationen über diese Angelegenheit noch nicht abgeschlossen seien, und es wird erklärt, die Verfasser des Briefes seien mehr als je davon überzeugt, daß es schädlich und gefährlich sein würde, die deutschen Sozialisten zum Kongreß zuzulassen, ehe der aggressive Imperialismus beseitigt sei. Am Schlusse des Briefes ersuchen die Verfasser um eine Zusammenkunft, in der sie ihren Standpunkt in aller Freundschaft auseinandersetzen können. —

*

Unruhen in Stockholm.

Am Dienstag beantwortete der schwedische Ministerpräsident in der Kammer die Interpellationen Brantings über die Wahlreform und Vennerströms über Forderungen auf Arbeiterreformen. Der Ministerpräsident sagte u. a.:

Als die Mitglieder der Regierung ihr Amt antraten, erwarteten sie nicht, vor solche innerpolitische Fragen gestellt zu werden. Ihre erste Aufgabe war, eine völlig unparteiische Neutralitätspolitik durchzuführen und eine günstige Lösung der durch den Weltkrieg erschwerten wirtschaftlichen Aufgaben herbeizuführen. Die Regierung hat Verständnis für die wichtigen Fragen der Interpellationen. Große Schwierigkeiten stehen aber derartigen durchgreifenden Reformen im Wege. Der Ministerpräsident hob weiter hervor, daß Wahlen bevorstehen, durch die das Volk seine Stimme über Verfassungsreformen abgeben könne. Sobald das Wahlergebnis bekanntgeworden sei, würde die Regierung dem König einen entsprechenden Rat geben.

Diese ausweichende Rede befriedigte weder Sozialdemokraten noch Liberale. Der schwedische Ministerpräsident hat sicher recht, wenn er eine zielbewußte Politik der Neutralität notwendig nennt. Aber er vergißt, daß die ausmärtige Politik einer Regierung um so fester und eindrucksvoller ist, je mehr sie sich auf die Geschlossenheit einer in der Verteidigung ihres Rechts einmütigen Nation berufen kann.

Branting bedauerte, daß die Regierung eine große Tat versäumt habe. Die Regierung des Zaren sei gestürzt worden. In Ungarn sei der Mann, der starken Widerstand dem allgemeinen Stimmrecht entgegengesetzt habe, gestürzt worden, in England habe das Unterhaus das Frauenstimmrecht angenommen. Branting hob auch die Verfassungsänderungen in den Nachbarländern hervor. Auch der Führer der liberalen Partei, Eden, gab der Enttäuschung seiner Freunde über die Antwort Ausdruck.

Während der Interpellationsberatung im Reichstag, in dessen Nachbarschaft alle Eingangsstraßen abgesperrt waren, hatte sich eine große Volksmenge auf dem Gustav-Adolf-Platz versammelt. Eine doppelte Reihe Soldaten und reitende Polizei sollten Unordnung verhindern, was jedoch nicht ganz gelang. Steine wurden geworfen, die Polizei zog blank und verwundete einige Personen.

Während der Unruhen vor dem Reichstagsgebäude auf dem Gustav-Adolf-Platz begab sich Branting vom Reichstag auf den Platz und forderte die Menge auf, ihm nach dem Gewerkschaftshaus zu folgen, was auch geschah. Dort hielt er vom Balkon des Gebäudes eine Ansprache an die Menge, in der er die Antwort der Regierung kritisierte. Er ermahnte die Menge, ruhig nach Hause zu gehen. Die Menge hielt dann im Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab. In ihr wurde beschlossen, das Sekretariat der gewerkschaftlichen Landesorganisation aufzufordern, den Generalstreik zu organisieren. Die Antwort wurde für Mittwoch verlangt.

Bei der Fortsetzung der Debatte in der Zweiten Kammer berührte Branting die Zusammenstöße zwischen der Polizei und der Menge und erklärte, daß die Polizei eine unverantwortliche Haltung gezeigt habe, indem sie auf die Menge eingeschlagen habe, die offensichtlich keine Ahnung hatte, daß sie etwas Uebles getan habe. Möglicherweise seien Polizisten mit Steinen beworfen, aber es sei unvernünftig, mit blanker Waffe auf die Menge einzuhauen. Er hoffe, daß die Regierung die Beschwerden untersuchen und Uebergriffe bestrafen werde. Der Ministerpräsident erklärte, die Aufgabe der Polizei sei sehr schwierig, es sei auch schwierig, im voraus darüber zu urteilen, wie die gegebenen Befehle ausgeführt worden seien. Es sei besser, das Urteil zu verschieben, bis die Untersuchung beendet sei.

Die heutige Nummer des „Socialdemokraten" ist von Berichten über die Vorfälle fast ganz angefüllt. Sie erhebt die schwersten Angriffe gegen die Polizisten, die wie Kosaken gehaust und die friedliche Menge überfallen hätten. In zahlreichen Momentphotographien zeigt das Blatt Bilder von Verhaftungen und von berittenen Polizisten, die provozierend, teilweise schwere Knüppel schwingend, gegen die Menge vorgehen. —

* * *

Die Isonzokämpfe.

Ueber die Fortsetzung der Kämpfe an der Isonzofront berichtet der Wiener Generalstab am Mittwoch:

Der Feind erschöpfte sich gestern zwischen dem Wippachtal und dem Meer in vergeblichen Angriffen, um die in den vergangenen Tagen auf der Karsthochfläche erlittene Niederlage wettzumachen. Seine Anstürme zerschellten. Unsre Truppen erweiterten durch die Erstürmung einer Höhe bei Jamians ihren Erfolg und behaupteten in erbitterten Kämpfen alles gewonnene Gelände.

Die Zahl der in den drei verflossenen Schlachttagen eingebrachten Gefangenen ist auf 250 Offiziere (unter ihnen vier Stabsoffiziere) und auf 10 000 Mann gestiegen. Mehrere italienische Regimenter sind fast mit ihrem ganzen Mannschaftsbestand unverwundet in unsre Hand gefallen, so das Regiment 86 mit 2685 Mann, das Regiment 69 mit 1932, das Regiment 71 mit 1831 Kämpfern. Die Brigaden Verona, Siracusa, Puglia und Ancona, in deren Reihen diese Truppenkörper fochten, sind vernichtet. Im Tunnel von San Giovanni wurde ein großes Feldspital erbeutet. Das Schlachtfeld ist von italienischen Leichen bedeckt.

In der mondhellen Nacht von gestern auf heute suchten die italienischen Flieger weit hinter unsrer Front Städte und Ortschaften heim. Sie kamen im Innerösterreichischen bis Laibach, in Tirol bis in die Gegend von Bozen. Im Küstenland und in Kraiu wurden einige Einwohner getötet. Sachschaden ist nicht zu melden.

Daß ganze Regimenter unversehrt in die Gefangenschaft des Gegners geraten, wirft auf die Stimmung der italienischen Truppen ein bemerkenswertes Licht. Die Kriegsmüdigkeit beginnt offenbar in ihren Reihen überhandzunehmen. —

* * *

Der Fliegerangriff auf die Themsemündung.

Aus London wird gemeldet: An der Themsemündung ist ein Fliegerangriff im Gange. Bomben wurden auf Essex und Kent abgeworfen. Ein feindliches Flugzeug wurde in See zum Absturz gebracht, ein andres Flugzeug wurde getroffen. Eine weitere Depesche berichtet: 16 Flugzeuge beteiligten sich an dem Angriff. Sie kamen über der Küste von Essex und machten einen Angriff auf die Flottenstation am Medway. Sie warfen eine ansehnliche Anzahl Bomben ab, wodurch Häuser beschädigt wurden. Der Schaden an der Flottenstation ist unbedeutend. Der Feind verlor zwei Flugzeuge. Zwei Menschen wurden bei dem Angriff getötet, 29 verwundet.

Die deutsche Heeresleitung hat über den Angriff auf die Themsemündung bereits im gestrigen Heeresbericht Mitteilung gemacht. —

Der Seekrieg.

Der Minenkrieg. Der Vizekonsul in Bayonne meldet: Der Dampfer „Gundiva" aus Christiania ist auf eine Mine gelaufen und gesunken, vier Seeleute sind umgekommen, die übrigen wurden gerettet. Der Dampfer „Okarzino" aus Tönsberg (1768 B.-R.-T.) ist auf eine Mine gelaufen und gesunken. Der Kapitän und zwei Mann wurden gerettet, die gesamte übrige Besatzung ist umgekommen. — Im Monat Mai sind an der niederländischen Küste 20 Minen angespült worden, von denen 17 englischer, eine deutscher und zwei unbekannter Herkunft waren.

Englische Störung der neutralen Schiffahrt. Das Kopenhagener Blatt „Berlingske Tidende" meldet aus Malmö: Der norwegische Dampfer „Atlanten" wurde von den Engländern bei Rio de Janeiro aufgebracht. Der Dampfer war auf der Reise nach Norwegen mit einer Ladung Häuten und Leder im Gesamtwert von 18 Millionen Kronen.

Versenkt. „Aftenposten" meldet aus Tromsö: Ein englischer Dampfer mit Kohlenladung nach Rußland unterwegs, wurde Dienstag nach 2 Uhr, 70 Seemeilen von Fugls, von einem U-Boot versenkt. Wie aus Paris gemeldet wird, wurde der Dampfer „Parra" (4165 B.-R.-T.) im Ostteil des Mittelmeers torpediert. Von den 690 Menschen an Bord sind 36 Passagiere und acht arabische Heizer umgekommen. —

* * *

Eine russische Offensive.

Die Westmächte drängen darauf, daß die russische Heeresleitung ihre Armeen in Bewegung setze. Die Blätter der russischen Demokratie wollen aber davon nichts wissen. Wie die Londoner „Times" melden muß, besteht das Blatt des Arbeiter- und Soldatenrats darauf, daß die Regierung erst die Formel: keine Annexionen, keine Entschädigungen, annehmen müssen, ehe die russischen Soldaten marschieren.

Ein andres demokratisches Blatt verlangt vorher feste Garantien für die Annahme des Grundgesetzes eines Friedens ohne Annexionen.

Nowaja Schizn", das Blatt Gorkis, schreibt: „Keine Agitation, weder Aufrufe noch Drohungen werden die gewünschten Ergebnisse erzielen, bis die neue Formel, die Annexionen und Entschädigungen und die Ziele des Imperialismus der Alliierten ausschließt, amtlich angenommen worden ist."

Das Blatt des „Sowiet", des Arbeiter- und Soldatenrats, hat nach Angabe der Londoner „Morning Post" auf das Drängen noch folgendes geantwortet:

Es ist durchaus unwahr, daß wir eine Offensive vorbereiten. Was wir tun, ist lediglich eine solche möglich zu machen, um Deutschland daran zu hindern, Truppen von der Ostfront zu senden und um die Russen in die Lage zu versetzen, bei Friedensverhandlungen zu Deutschland nicht als Besiegte zum Sieger, sondern als Gleiche zu Gleichen zu sprechen.

Die Revolutionsarmee könne nicht vorrücken, sofern nicht jeder Soldat die Ueberzeugung habe, daß er für die Freiheit kämpfe und nicht das Raubtier des internationalen Kapitalismus bereichere. Nur eine tätige Auslandspolitik, die jeden Zweifel über die Ziele und den Charakter des Krieges beseitige, könne die Grundlage für eine Offensive legen.

Die Pariser Presse geht mit dieser Auffassung scharf ins Gericht. Die Kritik der russischen Passivität nimmt schon Formen an, die nicht mehr bundesfreundlich genannt werden können. —

* * *

Um Elsaß-Lothringen.

Die „Berner Tagwacht", das Organ der erz„radikalen" Zimmerwalder, die es seit Kriegsbeginn in der Beschimpfung des deutschen Parteivorstandes an nichts hat fehlen lassen, schreibt jetzt über die Kriegsziele der Entente:

Der französische Ministerpräsident interpretiert nun freilich den Satz vom Frieden ohne Annexionen in einer Weise, die für die französischen Annexionspolitiker sehr bequem sein mag, von der russischen Regierung aber kaum akzeptiert werden dürfte. Herr Ribot will nämlich, wie übrigens ja auch die französischen Sozialpatrioten, die „Rückgabe der einst Frankreich entrissenen Provinzen" nicht als Annexionen aufgefaßt wissen. Das heißt, Elsaß-Lothringen soll unter allen Umständen von Deutschland an Frankreich abgetreten werden. Ganz abgesehen davon, daß dies bei der allgemeinen Kriegslage eine aussichtslose Zumutung ist, sollten sich auch die französischen Staatsmänner darüber klar sein, daß bei einer Revision des Friedensvertrags von 1871 konsequenterweise der Gegenseite gefordert werden könnte, daß auch alle früheren Friedensverträge, bei denen es zu gewaltsamen Eroberungen kam, revidiert werden müßten. . . . Des übrigens Elsaß-Lothringen ursprünglich ein deutsches Land war und zuerst von den Franzosen geraubt wurde, dürfte am allerwenigsten einem französischen Ministerpräsidenten unbekannt sein. Die Forderung der „Rückgabe von Elsaß-Lothringen" stellt also unzweifelhaft eine Annexionsforderung dar, die sich mit der russischen Friedensformel nicht vereinbaren läßt.

Also Deutschland hat alles Recht und alle Macht, Elsaß-Lothringen beim Reiche zu halten! Es wäre wertvoll gewesen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170608-16/fragment/page=0002

wesen, wenn die Sozialisten der neutralen Länder sich vor 3 Jahren darüber einig geworden wären, statt unerbetene Untersuchungen über die Frage anzustellen, was wir deutschen Sozialisten damals hätten tun müssen. Wir sind uns heute wie damals vollkommen klar darüber: was deutsch ist, bleibt deutsch. In diesem Verteidigungskampf steht die deutsche Sozialdemokratie rückhaltlos zu ihrem Volke. Nur im Wege friedlicher Verhandlung und genügender Entschädigung kann eine eventuelle Aenderung vorgenommen werden.

Die Zimmerwälder haben bisher diese Auffassung als „sozialpatriotisch" abgetan. Es hat der unaufhörlichen französischen Annexionsforderungen bedurft, um sie zu einem andern Urteil zu bringen. —

* * *

Notizen.

Fliegerbomben auf Getreidefelder! Amtlich wird von deutscher Seite mitgeteilt: Wie im vergangenen Jahre, so ist auch in diesem wiederum das Gerücht aufgetaucht, daß unsre Gegner in den Sommermonaten Fliegerangriffe größten Umfangs gegen alle Teile Deutschlands unternehmen würden, um das reifende Getreide auf den Feldern mit Brandbomben zu vernichten. Das Gerücht stammt nachgewiesenermaßen aus dem Lager unsrer Feinde und hat einzig den Zweck, im deutschen Volke Beunruhigung zu erregen. Zu solchen Beunruhigungen liegt nicht der geringste Grund vor. Es ist unmöglich, reifende Getreidefelder durch Bomben oder ähnliche Brandmittel vom Flugzeug aus in Brand zu setzen. Wir können nur wünschen, daß unsre Gegner zu solchen aussichtslosen Versuchen schreiten. Sie würden schwere Einbuße an Flugzeugen dabei erleiden, ohne unsrer Brotfrucht auf dem Felde Schaden zufügen zu können. —

*

Nikaragua bricht mit Deutschland. Nach amtlicher Meldung des kaiserlichen Gesandten bei den mittelamerikanischen Republiken brach Nikaragua die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich ab.

*

Die Teilnehmer an der internationalen Gewerkschaftskonferenz. Die für diesen Freitag (8. Juni) anberaumte internationale Gewerkschaftskonferenz zu Stockholm wird wahrscheinlich auch über den folgenden Tag dauern. Von den Deutschen nehmen Legien, Bauer und Sassenbach an den Verhandlungen teil. Oesterreich sendet Hueber und aus Ungarn erscheint Jaszai. Holland wird u. a. von Oudegest vertreten sein. An der Spitze der norwegischen Delegation wird der Gewerkschaftsführer Ole O. Lian stehen. Schweden wird vom Führer der gewerkschaftlichen Landeszentrale Herm. Lindquist vertreten. Zu Delegierten der dänischen Landeszentrale sind Karl F. Madsen und Peder Hedebol ausersehen worden. Nach den skandinavischen Arbeiterzeitungen ist anzunehmen, daß auch andre Länder die Konferenz beschicken werden. —

*

Der rumänische Getreidezuschuß. Zurzeit tagt, wie bereits gemeldet, im Reichstagsgebäude eine von Delegierten der Mittelmächte beschickte Konferenz. Zweck der Zusammenkunft sind Beratungen über die Verteilung der von den Rumänen auf ihrer Flucht zurückgelassenen Vorräte an landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus der vorjährigen Ernte. Die Besprechungen haben, wie der „Berliner Lokalanzeiger" von zuständiger Seite erfährt, schon jetzt ein für die Bevölkerung Deutschlands erfreuliches Resultat gezeitigt: Deutschland erhält aus den rumänischen Vorräten einen derartigen Zuschuß an Brotgetreide, daß unter Einrechnung aller sonst gegebenen Versorgungsfaktoren die Brotversorgung seiner Bevölkerung in der Höhe der gegenwärtigen Rationierung bis zur kommenden Ernte unter allen Umständen gesichert ist. —

*

Regelung des zivilen Kriegsschadenersatzes. Bereits im vorigen Jahre hat der Reichstag den Beschluß gefaßt, auch die Ansprüche von Zivilpersonen wegen Kriegsbeschädigung an Leib und Leben gesetzlich zu regeln. Einer Nachrichtenstelle zufolge haben die verbündeten Regierungen sich dem angeschlossen. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist in Vorbereitung; er wird dem Reichstag im Herbste zugehen. —

*

Landesverratsprozesse. Mit zwei Anklagen wegen Landesverrats beschäftigte sich am Montag des außerordentliche Kriegsgericht in Kiel. Angeklagt waren der Mechaniker Wild und der Schlosser Artelt, die Mitte April plötzlich verhaftet wurden. Wild soll, nachdem die Kieler Werftarbeiter beschlossen hatten, die Arbeit wieder aufzunehmen, vor einigen hundert Werftarbeitern, die sich im Gewerkschaftshaus zusammengefunden hatten, offen zur Revolution aufgefordert haben. Die Belastungszeugen versagten jedoch. Der Kriminalwachtmeister, nach dessen Feststellungen Wild solche Aufforderung an die Versammelten gerichtet hatte, erklärte, seinen „Vertrauensmann" ohne Genehmigung des Polizeipräsidenten nicht nennen zu dürfen. Die vom Anklagevertreter beantragte Vernehmung des „Vertrauensmanns" lehnte das Gericht ab. Da andre Zeugen aussagten, die Aeußerungen nicht gehört zu haben, kam das Gericht zur Freisprechung. Der Schlosser Artelt soll versuchten Landesverrat dadurch begangen haben, daß er in mehreren Versammlungen und Vertrauensmännersitzungen zum Ausharren im Streik und zum Streik aufgefordert habe. Damit habe er auf eine Einstellung der Rüstungsarbeit und somit eine Schwächung der deutschen Wehrmacht hingezielt. Das Gericht kam nach der Beweisaufnahme zu einer Verurteilung und setzte die Strafe auf sechs Monate Festungshaft fest. —

*

Der Sonderzug zur Hendebrand-Versammlung. Wegen der Einlegung eines Sonderzugs zum Besuch der Versammlung in Herford, in welcher der Abgeordnete v. Heydebrand am Himmelfahrtstag gesprochen hat, richtete der fortschrittliche Abgeordnete Wenke eine Beschwerde an den Eisenbahnminister. Auf seine Eingabe hat der Minister nach dem „Boten aus dem Riesengebirge" geantwortet: „Ich den über die Ablassung von Personenzügen für den Staatsbahnbereich erteilten Weisungen hätte der in Frage stehende Sonderzug nicht abgelassen werden dürfen. Es ist Vorsorge getroffen, daß die gegebenen Weisungen für die Folge genau beobachtet werden." Die „Deutsche Tageszeitung" fragt augenverdrehend: „Ob wohl ein konservativer Abgeordneter es für seine Aufgabe gehalten hätte, sich beschwerdeführend an den Eisenbahnminister zu wenden, wenn etwa ein Sonderzug für eine Versammlung des Abgeordneten Wenke bereitgestellt worden wäre?" O Unschuld vom Lande! —

*

Die Friedensströmung in Rußland. Die Garnison von Wiborg in Finnland beratschlagte in einer stündigen Soldatenversammlung über die Friedensfrage und faßte eine einstimmige Resolution dahingehend, der Friede müsse sehr schnell hergestellt werden, denn der gefährliche Feind, gegen den Rußland sich gegenwärtig zu verteidigen habe, sei die steigende Hungersnot. —

Dänemark und Deutschland. Der dänische Minister Christensen sprach am Dienstag bei der Feier des Konstitutionstags über die Arbeit für den Frieden und erklärte, die Achtung vor dem nationalen Recht würde vielen Schwierigkeiten begegnen, und es sei nicht leicht abzusehen, wie weit man kommen könne. Der Gedanke, die Völker durch Volksabstimmungen selbst entscheiden zu lassen, wem sie zugehören wollten, stehe zurzeit im Vordergrund, und es sei natürlich, daß Dänemark sich mit diesem Gedanken beschäftige. Zumal im Hinblick auf den § 5 des Prager Friedens. Aber das deutsche Volk wisse, daß es in Dänemark einen Nachbar habe, der unter keinen Umständen ihm in den Rücken fallen werde. Was wir in nationaler Hinsicht wünschen, schloß der Minister, wollen wir nur auf dem Wege des Friedens und der Verträglichkeit erreichen.

*

Reichserbbaurecht. Berliner Blättern entnehmen wir folgende Mitteilung: Mehrfach hat sich bereits der Reichstag mit der Ausgestaltung des Erbbaurechts befaßt, und auch das Preußische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich schon mit dieser Frage, zuletzt bei Beratung des Wohnungsgesetzes, das erst im Herbst endgültig zur Verabschiedung gelangen wird. Sicherem Vernehmen nach sind jetzt maßgebende Grundzüge hierfür vom Reichsamt des Innern den einzelnen Bundesregierungen zur Aeußerung zugegangen. Da vor dem Herbst an eine Sichtung des Materials nicht zu denken ist, ist in diesem Jahre eine Reichstagsvorlage auf diesem Gebiet auch nicht mehr zu erwarten. —

*

Holländische Hilfe für Belgien und Nordfrankreich. Die niederländische Regierung hat mit Rücksicht auf den großen Lebensmittelmangel in Belgien und Nordfrankreich der Hilfskommission 12 000 Tonnen Getreide zur Verfügung gestellt. Dieses Getreide wird zurückerstattet werden, sobald die Vorräte, die jetzt für die Kommission unterwegs sind, im Lande eingetroffen sind. —

*

Explosion in Petersburg. Ein Teil einer aus England eingetroffenen Ladung Sprengstoffe ist im Hafen von Petersburg in die Luft geflogen. Dank dem günstigen Winde konnte der Brand binnen einigen Stunden lokalisiert werden. Die Ursache des Unglücks konnte nicht festgestellt werden. Die vernichteten Mengen Sprengstoff sind beträchtlich. —

* * *

Schlacht in Flandern.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 7. Juni 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Zwischen Ypern und Armentières tobt seit gestern der Artilleriekampf in unverminderter Kraft. Heute früh ist nach umfangreichen Sprengungen und stärkstem Trommelfeuer mit Infanterieangriffen der Engländer die Schlacht in Flandern vollentbrannt.

In außergewöhnlicher Heftigkeit hielt auch vom La-Bassée-Kanal bis auf das Südufer der Scarpe die Feuertätigkeit an.

Bei Hulluch, Loos, Liévin und Roeux sind heute vor Tagesanbruch starke englische Teilangriffe gescheitert.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Bald nachdem niederrheinische Füsiliere an der Straße Vinon—Jeuy in erbittertem Handgemenge eine Anzahl Gefangene aus den französischen Gräben geholt und die Aufmerksamkeit des Gegners dorthin gelenkt hatten, setzten sich frühmorgens südlich von Pargny-Filain Teile von meiningischen, hannöverschen, schleswig-holsteinischen und brandenburgischen Regimentern in Besitz der feindlichen Stellungen am Chemin des Dames in fast zwei Kilometern Ausdehnung. Durch Artillerie, Minenwerfer und Flieger wirksam unterstützt, begleitet von Pionieren und Trupps des in den Kämpfen der letzten Wochen besonders bewährten Sturmbataillons 7 nahmen die Kompanien trotz hartnäckigen Widerstandes des Gegners das befohlene Angriffsziel.

Gegen die gewonnene Linie richteten sich nach heftigen Feuerwellen starke feindliche Gegenangriffe bis in die Nacht hinein; sie sind sämtlich abgewiesen worden.

14 Offiziere, 543 Mann wurden als Gefangene, eine Revolverkanone, 15 Maschinengewehre und mehrere Granatwerfer als Beute eingebracht.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts Besonderes.

Gestern wurden acht englische Flugzeuge im Luftkampf abgeschossen, davon eins durch Leutnant Voß, der damit den 34. Luftsieg errang.

Auf dem

östlichen Kriegsschauplatz

und an der

mazedonischen Front

keine größern Gefechtshandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

* * *

Kein Stockholm, kein Friede!

W. T. B. Paris, 6. Juni. (Havasmeldung.) Senat. In der Begründung einer Anfrage über die Haltung der Regierung zu der Stockholmer Konferenz erinnerte Ragismanset an die Beunruhigung Frankreichs gegenüber den verschiedenen Erscheinungen der russischen Revolution. Die Beunruhigung war besonders groß über die Absicht gewisser Franzosen, sich nach Stockholm zu begeben, um dort mit Deutschland zu verhandeln. Die Erklärungen Ribots vor der Kammer befriedigten den Senat vollkommen, da die Regierung die Pässe verweigerte.

In Beantwortung der Anfrage sagte Ministerpräsident Ribot:

Wir fühlen das Bedürfnis, die schwere Verantwortlichkeit zu teilen, die uns auferlegt wurde. Wir brauchen die Mitwirkung und das Vertrauen der beiden Kammern. Der Senat ist wie das Land beunruhigt worden durch die Tatsache, daß eine Partei Frankreichs die Möglichkeit erwog, die internationalen Beziehungen wieder aufzunehmen. Gewisse Personen hegten den Wahn, daß internationale Verständigungen den Krieg verhindern könnten. Die deutschen Sozialisten waren mit geringen Ausnahmen

von Anfang an bewußte Mitschuldige

der gegen die ganze Menschheit und Zivilisation begangenen Verbrechen. Sie billigen gegenwärtig wenigstens durch schuldhaftes Stillschweigen die begangenen Grausamkeiten und die Verletzung aller Gesetze der Menschlichkeit und Zivilisation. Zur Bewußtsein der Oeffentlichkeit, dem man Rechnung tragen muß, tritt jetzt klar zutage, daß es für französische Bürger eine sittliche Unmöglichkeit war, mitten im Kriege, während die Gebiete ihres Vaterlandes vom Feinde besetzt sind, an Unterhandlungen mit seinen Gegnern teilzunehmen.

Wir, die Regierung, sehen eine Gefahr in diesen Versammlungen, aus denen der Friede nicht hervorgehen, der vielmehr

nur aus dem Sieg entspringen

kann. Solche Zusammenkünfte in fremden Städten können nur ein Wahnbild des Friedens erzeugen. Hierin liegt eine Gefahr. Niemals, in keinem Augenblick, besonders, wenn der Kampf am härtesten ist, weil sich das Ende nähert, können wir in der öffentlichen Meinung und in der Armee ein solches Wahngebilde entstehen lassen. Frankreich braucht alle seine Kräfte, besonders die moralischen, die die Bürgschaft des Sieges und ein Schatz sind, über den wir eifersüchtig wachen müssen.

Anderseits können wir nicht die Auffassung entstehen lassen, als ob die Regierung, die die Nation vertritt, die Leitung der Politik des Krieges den Händen entgleiten lasse. Die Regierung allein kann dieses Recht ausüben, weil sie die nationale Souveränität darstellt.

Das sind die Gründe, welche unsre gegenwärtige Haltung bestimmten. Ich habe nichts hinzuzufügen. Die Tagesordnung der Kammer war der Abschluß einer umfangreichern Besprechung, denn die Kammer stellte sich eine größere Frage und wollte wissen, zu welchem Zwecke

wir den Krieg fortsetzen.

Es mußte klar gesprochen werden, wie es den Franzosen geziemt. Wir suchen keine bestechenden zweideutigen Formeln. Wir wiesen die verführerischen Formeln zurück, die nicht in Petersburg geboren, sondern anderswo eingeführt wurden, und deren Ursprung zu klar ist. Keine Annexionen! Das kann für uns nicht bedeuten, daß wir nicht das Recht haben, das uns Gehörige zu verlangen, d. h. Elsaß-Lothringen, das nicht aufgehört hat, im Herzen französisch zu sein seit der abscheulichen Tat, die das Recht und die Gerechtigkeit 1871 verletzte. Kein Franzose wäre reig genug, um sich damit abzufinden, daß wir den Krieg nicht fortsetzen, bis daß wir das, was unser Fleisch und Blut ist, zurückgenommen haben, bis diese Provinzen in den Schoß des Mutterlandes zurückkehren.

Aber was bedeutet „keine Entschädigungen"? Die Besiegten demütigen, das wollen wir nicht. Aber gibt es eine Wiedergutmachung der Schäden und Grausamkeiten, auf die keine französische Regierung verzichten könnte, auf eine Wiedergutmachung nach der unerhörten Verwüstung des Landes? Ein Einspruch würde sich dagegen erheben aus diesen verwüsteten Departements.

Die Tagesordnung der Kammer fügt hinzu, daß Bürgschaften erforderlich sind, um unsre Kinder vor einer Wiederholung derartiger Greuel zu schützen. Werden wir sie in der Gewerbung von Gebieten oder in zeitweiliger Besetzung oder in Neutralisationen finden? Das wird im geeigneten Augenblick geprüft werden. Eine bestere Bürgschaft wird in der Bildung eines Europa bestehen, wo alle Nationen sich selbst angehören, wo der Wille eines einzigen Mannes nicht mehr derartige Uebel entfesseln kann. Morgen muß sich ein Friedensbund bilden im Namen des demokratischen Gottes, den Frankreich die Ehre hatte, in der Welt einzuführen. Die Nationen, die heute in Waffen stehen, werden morgen eine

Gesellschaft von Nationen

bilden. Das ist die Zukunft der Menschheit, oder man müßte an ihrer Zukunft verzweifeln. Wilson sagte, daß er in diesem Punkte mit uns sei. Ich bin bereit, meine Erklärungen vor der Kammer über die sogenannte Geheimdiplomatie zu wiederholen. Eine solche Diplomatie gab es nicht. Alles, was die Regierung ohne die Kammern tun würde, wäre nichtig.

Ich nehme im voraus Ihre Tagesordnung an, die von Franzosen verfaßt ist und die Einmütigkeit der hohen Versammlung erweisen wird.

Darauf beschloß der Senat, eine

Geheimsitzung abzuhalten.

Nach einstündiger Geheimsitzung wurde die Oeffentlichkeit wiederhergestellt. Es lag eine Tagesordnung Lombes-Ragismanset vor, nach der von den Erklärungen Ribots Kenntnis genommen und die Ueberzeugung ausgedrückt wird, daß ein dauerhafter

Friede nur aus dem Siege

der verbündeten Heere hervorgehen kann. Die Tagesordnung bekundet den Willen Frankreichs, den Krieg, gesetzigt durch seine Bündnisse, treu seinem Ideal der Freiheit für die Völker fortzusetzen bis zur Wiederherausgabe Elsaß-Lothringens und der Sühne der Verbrechen, der Wiedergutmachung aller Schäden sowie der Annahme der Bürgschaften gegen einen wiederholten Angriff des preußischen Militarismus. Die Tagesordnung vertraut darauf, daß die verantwortliche Regierung dieses Ergebnis erzielen werde, die allein das Recht habe, unter der Kontrolle der Kammer Verpflichtungen für das Land einzugehen. Sie rechnet auf ihre Tatkraft bei der Durchführung innerer und äußerer Maßnahmen, die erforderlich für das Heil der Nation sind.

Diese Tagesordnung wurde von den 235 Abstimmenden einstimmig angenommen. —

* * *

Depeschen.

Neue Versenkungen.

W. T. B. Berlin, 6. Juni. Amtlich. 1. In den nördlichen Sperrgebieten sind durch U-Boote u. a. versenkt worden: der englische Dampfer „Dromore" (258 Tonnen) und ein englischer Segler, beide in Ballast fahrend, ferner ein unbekannter, tief geladener Dampfer (5000 Tonnen) aus einem Geleitzug heraus, ein unbekannter bewaffneter Dampfer (1200 Tonnen) und eine unbekannte Bark (2000 Tonnen). Von einer weiteren Anzahl versenkter Schiffe blieben Art und Größe der Fahrzeuge unbekannt, da ihre Versenkung nachts erfolgte.

2. Im Mittelmeer wurden aufs neue eine Anzahl Dampfer und Segler versenkt mit einem Gesamttonnengehalt von 34 900 Tonnen. Hierunter waren mehrere bewaffnete Dampfer verschiedener Größe, deren Namen wegen Zerstörergeleits nicht festgestellt werden konnten, außerdem der englische bewaffnete Dampfer „Egyptian Prince" (3117 Tonnen) mit Baumwolle von Alexandrien nach Manchester, der englische bewaffnete Dampfer „Holmedbank" (3151 Tonnen) mit Kohlen von Malta nach Port Said und der italienische bewaffnete Dampfer „Rio Amazonas" (2970 Tonnen) mit Reis von Port Said nach Italien. — Unter den Ladungen der versenkten Segler befanden sich u. a. 2500 Tonnen Naphtha, von Amerika nach Gibraltar und Algier bestimmt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170608-16/fragment/page=0003

Englands Wahlreform.

Ueber die neue englische Wahlreform, die vom Unterhaus bereits in zweiter Lesung genehmigt wurde, schreibt Genosse Beer, der als Korrespondent deutscher Parteiblätter lange Jahre in England gelebt hat, in der „Internationalen Korrespondenz“:

Seit ungefähr 100 Jahren verlangt das englische Volk das allgemeine Wahlrecht. Im Jahre 1817 fanden bereits öffentliche Volksversammlungen statt, die das Wahlrecht für alle erwachsenen Männer und Frauen verlangten. Und zwei Jahre später veranstalteten zu demselben Zwecke die männlichen und weiblichen Arbeiter von Lancashire auf dem Petersfeld in Manchester eine Riesendemonstration, die mit einem fürchterlichen Massaker endete. Die Wahlrechtsbewegung flammte wieder im Jahre 1830 auf und führte im Jahre 1832 zur ersten Wahlreform, die den Mittelschichten das Wahlrecht gab und die Arbeiterklasse leer ausgehen ließ. Hierauf entstand die chartistische Bewegung, die zwei Jahrzehnte lang mit großer Leidenschaft für eine demokratische Wahlreform kämpfte. Aber erst im Jahre 1868 erhielt die bessergestellte städtische Arbeiterschaft das Wahlrecht, und im Jahre 1884 wurde es auch auf ländliche Arbeiter ausgedehnt.

Trotz dieser Reformen besteht in Großbritannien noch bis jetzt kein allgemeines männliches Wahlrecht. Denn die an die Arbeiterklasse gemachten Konzessionen sind durch rechtliche Formalitäten und Geldbedingungen erheblich abgeschwächt.

Vor allem muß der erwachsene Mann, um wahlberechtigt zu sein, mindestens eine selbständige Wohnung von einem Zimmer, das 200 Mark jährliche Miete wert ist, innehaben. Dann muß er ein Jahr vor der Aufstellung der Wählerliste in derselben Gemeinde gewohnt haben. Bei der Aufstellung der Wählerlisten geben förmliche juristische Schlachten vor sich. Jede politische Partei hat ihre Wahlagenten, die darüber wachen, daß die Kommission, die die Wählerlisten aufstellt, nicht diesen oder jenen Einwohner in die Listen aufnimmt, der nach ihrer Ansicht hierzu nicht berechtigt ist, wobei selbstredend jeder Wahlagent die Wähler der andern Partei anzufechten und auszuschalten sucht. Man darf annehmen, daß durch diese Bedingungen und Formalitäten etwa 20 Prozent der erwachsenen Männer das Wahlrecht verlieren.

Dann gibt es eine kleine Schicht von reichen Leuten, die mehrere Stimmen haben. Jeder von ihnen hat dort eine Stimme, wo er ein Haus, eine Fabrik oder einen Grundbesitz hat. Besitzt er in mehreren Wahlkreisen Grund und Boden oder Gebäude, so hat er mehrere Wahlstimmen. Und da die englischen Wahlen sich mindestens eine Woche hinziehen, so haben diese Begünstigten die Gelegenheit, an jedem Wahltag in einer andern Gemeinde zu stimmen. Das Automobil erleichtert es sogar so manchen dieser Leute, an einem Tage zwei Stimmen abzugeben. Die Zahl dieser Mehrstimmen beläuft sich auf ungefähr 500 000.

Schließlich kommt noch hinzu, daß die Wahlen sehr kostspielig sind. Jeder Kandidat muß dem Wahlkommissar mindestens 2500 Mark zahlen. Diese Verpflichtung hat keinen andern Sinn, als es den Minderbemittelten unmöglich zu machen, als selbständige Kandidaten aufzutreten. Der ganze Wahlapparat ist von alters her für reiche Leute eingerichtet worden. Er soll eine Schranke bilden gegen den Eintritt der Minderbemittelten in das Parlament, außer mit Hilfe der Reichen oder der Parteiorganisation. Und da es bis zum Jahre 1910 keine Parlamentsdiäten gab, so war die politisch-rechtliche Lage der englischen Arbeiter sehr ungünstig. Nur die großen Gewerkschaften konnten sich zuweilen eine besondere parlamentarische Vertretung von zwei oder drei ihrer Führer leisten. Jahraus, jahrein, nahmen die Gewerkschaftskongresse Entschließungen an, die die Hinwegräumung dieser undemokratischen Beschränkungen forderten. Jetzt soll ihnen endlich Folge gegeben werden.

Nach der neuen Wahlrechtsvorlage erhalten alle erwachsenen männlichen Personen im Alter von 21 Jahren das Wahlrecht. Die Wahlen sollen an ein und demselben Tage stattfinden. Die Mehrstimmen werden nicht gänzlich abgeschafft, wohl aber die Zahl dieser Begünstigten herabgesetzt und auf das Abgeben von zwei Stimmen beschränkt. Auch die Arbeiter können zwei Stimmen haben: eine im Wahlkreis ihres Wohnorts, die zweite im Wahlkreis ihrer Beschäftigung. Uebrigens verliert diese Einrichtung an Bedeutung durch die Verlegung der Wahlen auf einen Tag. Die Seßhaftigkeit wird auf sechs Monate herabgesetzt. Die Kosten der Aufstellung der Wählerlisten und der Wahlen werden auf Staat und Gemeinde abgewälzt.

Auch die Einführung der Verhältniswahlen wird erwogen, ebenso die Gewährung des Wahlrechts an weibliche Personen im Alter von 30 Jahren. Aber die beiden letzteren Punkte bilden keinen festen Bestandteil der Vorlage. Die Regierung erklärte dem Parlament, daß sie es ihm überlasse, über diese Fragen zu entscheiden.

Mit jeder englischen Wahlreform war stets eine Neuverteilung der Wahlkreise verbunden. Auch diesmal wird nach Annahme der Vorlage eine Neuverteilung vorgenommen werden. Höchstwahrscheinlich zugunsten der dichtbevölkerten Distrikte. —

* * *

Konzessionierung des Tabak-Großhandels.

Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge plant die Regierung den Erlaß einer Bundesratsverordnung, nach welcher der Engroshandel mit Tabakwaren der staatlichen Genehmigung unterworfen werden soll. Veranlassung dazu habe die Tatsache gegeben, daß Personen, die bisher mit dem Tabakgewerbe überhaupt nicht im Zusammenhang standen, plötzlich begannen, sich auf diesem Gebiet zu betätigen, und zwar nicht etwa in einer dem Verkehr förderlichen Weise, sondern lediglich dadurch, daß sie sich in der Form des Kettenhandels zwischen den Groß- und Kleinhandel einschalteten.

Die Bundesratsverordnung sieht, wie das „Berliner Tageblatt“ vernimmt, eine ähnliche Reglung vor, wie sie schon für den Nahrungsmittelhandel geschaffen ist. Allen Engroshändlern, die vor dem 1. April 1916 eine andre Beschäftigung hatten, soll der gewerbsmäßige An- und Verkauf von Zigarren, Zigaretten und Tabaken künftig verboten sein. —

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Arbeiterin Adeline Stäps geb. Schlegel aus Halle, Leissingstraße 45, ist durch rechtskräftiges Urteil des königlichen Schöffengerichts hier vom 8. Mai 1917 wegen Nahrungsmittelfälschung zu einer Geldstrafe von vierzig Mark oder zehn Tagen Gefängnis kostenpflichtig verurteilt worden.

Halle, den 4. Juni 1917. **Die Polizeiverwaltung.**

Die Viktualienhändlerin Elise Busch ist durch rechtskräftiges Urteil der 1. Strafkammer des königlichen Landgerichts hier vom 27. April 1917 wegen Vergehens gegen das Höchstpreisgesetz zu einer Geldstrafe von einhundertfünfzig Mark, hilfsweise zu einer Gefängnisstrafe von fünfzehn Tagen kostenpflichtig verurteilt worden.

Halle, den 4. Juni 1917. **Die Polizeiverwaltung.**

Zum Zwecke besserer Versorgung der Hallischen Einwohner mit Milch soll der Versuch unternommen werden, Magermilch, die mit Wasserstoffsuperoxyd frisch erhalten wird, in größerer Menge heranzuziehen.

Mit dem Verkauf solcher Magermilch wird demnächst begonnen werden. Die Milch darf nur als „Magermilch“ in den Handel gelangen und gemäß der Verordnung des Magistrats vom 10. November 1916 nur gegen Vorlage des Lebensmittelscheins verkauft werden. Hierbei darf an einen Haushalt, aber nur wenn die Versorgungs- und Vorzugsberechtigten bereits befriedigt sind, wöchentlich nicht mehr als ½ Liter abgegeben werden. Im **Haushalt** ist die Milch **sofort abzukochen,** dann abzukühlen und zur Verhütung des Zutritts neuer Keime **möglichst in dem Gefäß, in welchem das Abkochen erfolgte, aufzubewahren.**

Sauer gewordene Magermilch von **reinem Geruch** und **Geschmack** kann wie **saure** Vollmilch verwendet werden, dagegen eignet sie sich nicht mehr zum menschlichen Genuß, wenn sie schleimig oder fadenziehend geworden ist oder fremdartigen Geruch oder Geschmack hat.

Zur Ernährung von **Säuglingen** darf Magermilch **nicht verwendet werden.**

Halle, den 6. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf von Nudeln wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am Freitag den 8. Juni 1917. Für jede Person eines Haushalts kann ¼ Pfund verabfolgt werden.

Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Nudeln einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind, und die beim Verkäufer vorhandenen billigeren und teureren Teigwaren im Verhältnis zur Gesamtmenge ihres Einkaufs anzunehmen.

Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 51 des Warenbezugsscheins IV zu erfolgen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im **Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, erstes Obergeschoß,** binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September und 4. November 1915.

Halle, den 8. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Da an verschiedenen Stellen Zweifel darüber entstanden sind, in welchen Fällen der Erzeuger nach der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 den Groß- und Kleinhandelspreis verlangen kann, hat die Reichsstelle für Gemüse und Obst hierfür folgende Grundsätze aufgestellt:

„Nach § 6 Absatz 2 der Verordnung kann der Erzeuger bei einem unmittelbaren Verkauf an den Kleinhändler oder Verbraucher nicht immer den Groß- oder Kleinhandelspreis verlangen, sondern nur dann, wenn er eine Mehrleistung über die ihn als Erzeuger nach § 6 Absatz 1 ohne weiteres obliegende Beförderung zur nächsten Verladestelle und Verladung hinaus übernimmt. Diese Mehrleistung braucht aber nicht notwendig in einem weiteren Transport über die Verladestelle hinaus zu bestehen. Vielmehr würde es genügen, daß der Erzeuger seine Erzeugnisse auf einem Wagen oder auf andre Weise zum Markte bringt, auch wenn dieser so nahe liegt, daß ein Bahntransport dafür nicht in Frage kommt, und dort absetzt. Er trägt dann die Gefahr des gesamten Transports und des Verkaufs auf dem Markt und kann daher den Groß- oder Kleinhandelspreis verlangen, je nachdem er an Kleinhändler oder Verbraucher veräußert. Dagegen muß daran festgehalten werden, daß der Erzeuger bei einem Verkauf an der Erzeugungsstelle nur den Erzeugerpreis verlangen kann, schon weil sonst zu befürchten wäre, daß die Waren überhaupt nicht in die Städte gebracht werden, sondern auf dem Lande von den Verbrauchern in unkontrollierbarer Weise aufgekauft würden.“

Halle, den 7. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Zur Vermeidung unnötiger Wege wird das Publikum hiermit ersucht, **bei allen Anfragen und Rücksprachen im Stadt-Ernährungsamt stets den Lebensmittelschein,** und zwar gegenwärtig nicht nur den **neuen,** sondern auch den **alten** mitzunehmen.

Halle, den 6. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Bekanntmachung des Magistrats vom 15. September 1916 über die Kartoffelversorgung wird folgendes angeordnet:

Kartoffelhändler (Kleinhändler), welche die Kartoffeln an Verbraucher verkaufen, dürfen dieselben nur von demjenigen Großhändler beziehen, von dem sie **früher regelmäßig** bezogen haben. Ein Wechsel der Bezugsquelle ist nur mit Genehmigung des Magistrats zulässig. Zuwiderhandelnde haben Bestrafung, auch Entziehung des Verkaufs zu gewärtigen.

Halle, den 6. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Am Freitag den 8. Juni 1917 findet auf dem **städtischen Markt in der Talamtschule der Verkauf von Haselnußternöl feinster Qualität** statt, und zwar

vormittags von 8 bis 12 Uhr auf die Nummer 10 501 bis 21 000
nachmittags „ 2 „ 6 „ „ „ „ 1 „ 10 500

der **neuen Lebensmittelscheine.**

Auf den Kopf eines Haushalts entfällt 1/20 Liter zum Preise von 1,25 Mark.

Eine Verpflichtung zur Abnahme des ganzen zum Einkauf berechtigten Quantums besteht nicht.

Das Publikum wird ersucht, Gefäße, **Töpfe, nicht Flaschen,** mitzubringen.

Halle, den 7. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Hüte und Mützen
für Herren und Knaben
Schüler-Mützen
in Samt und Filztuch
Riesenauswahl,
vorteilhafte Preise im [41
Kaufhaus
H. Elkan, Leipziger Str. 87.

Künstliche Zähne
Behandlung kranker Zähne.
Schmerzloses Zahnziehen soweit möglich.
Hall. Zahn-Heil-Anstalt
vormals **Britannia**
Gr. Ulrichstraße 11, 2 Tr.
Fernruf 3865.

Möbel
sowie **vollständige**
Wohnungseinrichtungen
Pianos, Flügel
kaufe stets zu höchsten Preisen
Friedrich Pelleke
Geiststraße 25 — Tel. 5750.

Damen-Blusen
in wirklich schöner Größen-Auswahl, in Wolle, Seide, Voile, Schleiertuch und Waschstoff
2.68 bis 28.75 [40
Damen-Matrosenblusen
in vielseitiger Ausführung
im Kaufhaus **H. Elkan,**
Leipziger Straße 87.

U.T **Leipziger Straße 88** U.T
Fernsprecher 1224.
Graf Dohna und seine Möwe
Die ruhmreiche Kaperfahrt der „Möwe“
Aufnahmen des ersten Offiziers S. M. S. „Möwe“
Kapitänleutnant **Wolf.**
Dieser Film ist ein Dokument von machtvollster Wirkung.
Auch für Jugendliche genehmigt.
Beginn: **3, 5, 7, 9** Uhr. 38
Freikarten haben in dieser Woche **keine Gültigkeit.**
Vorverkauf täglich an der Theaterkasse von 10 Uhr vorm. an.

U.T **Alte Promenade 11a** U.T
Fernsprecher 5738.
Ab Freitag!
Max Landa in
Der Hund mit dem Monokel
Komischer Detektivfilm in drei Akten. 39
Die Fetischgöttin der Wangora
Ein afrikanisches Filmspiel.
Aufgenommen in Togo.
In der Titelrolle **Meg Gehrts,** die erste Kinodarstellerin in Westafrika.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170608-16/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 7. Halle, Freitag den 8. Juni 1917. 1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 8. Juni 1917.

Erzeuger-Höchstpreise.

Ueber die Erzeugerhöchstpreise für Obst bestehen in Erzeugerkreisen und in der Presse vielfach Irrtümer. Die Rechtslage ist folgende: Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat die in den Zeitungen bekanntgegebenen Höchstpreise festgesetzt. Sie hat zugleich die bei den Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen gebildeten Preiskommissionen ermächtigt, für ihr Wirtschaftsgebiet abweichende Preise festzusetzen, die aber die Reichspreise höchstens um 10 Prozent überschreiten dürfen. Außerdem dürfen diese Preisstellen bei Erdbeeren, Stachelbeeren und Kirschen für die ersten 14 Tage nach Erscheinen dieser Früchte auf dem Markt, also für die frühesten Erdbeeren, Stachelbeeren und Kirschen Preise festsetzen, die die Reichspreise um höchstens 50 Prozent überschreiten. Diese Befugnis zur Preiserhöhung haben also nicht etwa die lokalen Preisstellen oder die Kommunalverbände, sondern in der Provinz Sachsen allein die Preiskommission der Provinzialstelle für Gemüse und Obst in Magdeburg.

Diese hat von der Befugnis zur Festsetzung besonderer Preise für frühestes Obst nur bei Kirschen Gebrauch gemacht und hier den Preis für früheste Sorten auf 35 Pfg. statt 25 Pfg. festgesetzt. Bei Stachelbeeren hat sie den Reichspreis mit 30 Pfg. bestehen lassen, ebenso den Preis von 30 Pfg. bei Erdbeeren zweiter Wahl. Bei Erdbeeren erster Wahl ist zwar kein Preis für früheste Ware festgesetzt, wohl aber ist hier allgemein der Preis für erste Wahl auf 60 Pfg. statt 55 Pfg. festgesetzt. Bei allen sonstigen Frühobstsorten hat sie die Reichspreise unverändert gelassen.

Die Kommunalverbände, also auch die Stadt Halle dürfen zwar Höchstpreise für den Groß- und Kleinhandel festsetzen, haben aber kein Recht, an den Erzeugerpreisen etwas zu ändern. Diese gelten vielmehr für die Erzeuger der ganzen Provinz gleichmäßig. Die Erzeuger dürfen diese Preise auch dann nicht überschreiten, wenn sie ihre Ware an Großhändler oder Aufkäufer aus dem Königreich Sachsen oder aus einer andern Provinz verkaufen. Erzeuger, die dies dennoch tun — und leider geschieht dies fast allgemein —, machen sich strafbar.

Uebrigens beträgt der Erzeugerpreis für Rhabarber für die ganze Provinz 8 Mark für den Zentner. Zu diesem Preis ist er leider für Hallesche Großhändler nicht zu haben, sondern wandert nach Leipzig und dem Vogtland. —

Zur Parteispaltung in Halle.

Ein hiesiger Parteigenosse schreibt: Ueber die Art, wie die „Volksstimme" den Kampf gegen die sogenannten Unabhängigen aufnimmt, habe ich meine helle Freude. Da wird nicht mit Phrasen gearbeitet, sondern mit Tatsachen. Es wird langer Zeit bedürfen, ehe die Köpfe wieder reingewaschen sein werden und ruhigem Urteil zugänglich sind. Was in der Sonntagnummer über „Unsre Aufgabe und unsre Ziele" gesagt ist, unterschreibe ich Wort für Wort. Nun scheint das Blatt den „Unabhängigen" zu meinen, es komme damit aus, daß es die heillosen Widersprüche, die ihm bereits von unsrer „Volksstimme" nachgewiesen sind, totschweigt. Ich verstehe, wie schwer ihm das Antworten ist. Ich konnte auch in einer Parteikneipe beobachten, wie die „Volksstimme" wirkt. Ein Genosse, der sich vorher für die Unabhängigen ausgesprochen hatte und in der Kreditbewilligung einen Verrat an unserm Programm erblickte, las das Artikelchen über Kautsky und Ledebour, die beide für die Bewilligung gewesen sind. Der Genosse gab das Blatt einem Gesinnungsfreund neben sich zu lesen und deutete auf die Stelle. Als der andre fertig war, legte er das Blatt hin. Auch er sagte kein Wort, sah aber seinen Freund mit einem Blicke an, daß ich mir sagte: „Aha, das hat gesessen!" Das andre wird auch sitzen. Als Kunert vorigen Winter in unsrer Funktionärsitzung für den Uebertritt zu seiner Partei sprach, sagte er, man müsse gegen uns mit „goldener Rücksichtslosigkeit" vorgehen. Das ist geschehen und Lüge auf Lüge gehäuft worden. Wir wollen dem die Rücksichtslosigkeit voller Wahrheit gegenübertellen und werden sie damit besiegen. —

Aus dem Brief eines Feldgrauen. Werter Genosse! Besten Dank für Ihren aufklärenden Brief, den ich vor einigen Tagen erhielt. . . . Ihrer Ansicht über die unbewußte Schuld Hennigs glaube ich aber nicht beipflichten zu können. Nach dem Bericht scheint ist der Bericht über die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins am 26. April zu urteilen, hat er wieder reichlich demagogisch gesprochen. Und so demagogisch, wie er so oft spricht und schreibt, so zweideutig ist auch sein ganzes Verhalten. Wie konnte er, der angeblich für die Einheit, wenigstens für die organisatorische Einheit der Partei eintritt, fortwährend für die Arbeitsgemeinschaft oder jetzt Unabhängigen wirken? Wenn wenigstens etwas ihn entschuldigt, dann ist es seine Weltfremdheit. . . . Seine symbolische Weltenflucht verträgt sich wohl mit der Vertröstung auf das gelobte Land, das in grauer Ferne liegt. So wie er gibt es noch mehrere in der Partei. Und daneben die andern, wie die (folgen mehrere Namen), die lachen im stillen über die sonderbaren Schwärmer und spannen sie vor ihren Karren. Ueber den Radikalismus dieser Leute kein Wort, die Uebersetzung ins Deutsche heißt: Unfähigkeit.

So unfähig zu praktischer, für die Arbeiter nutzbringender Tat sie nun auch sein mögen, so geriehen sind sie aber auch. . . . Ich glaube, die verdächtige Eile, mit der sie den Uebertritt inszenierten, war nichts als eine schlaue Kalkulation. Sie rechnen so: Blieben sie bei der Partei, so wäre ihnen nichts übriggeblieben, als sich dem Votum des Parteitags zu fügen. Und da es ziemlich sicher ist, wie dieses ausfällt, so wären sie damit abgetan gewesen. Das mußte verhindert werden, darum der Uebertritt, als schon bekannt war, daß in kurzem der deutsche Parteitag stattfinden wird. Nun glaubt kein Mensch, daß wir lange werden getrennt marschieren können. Es geht platterdings nicht anders, die Arbeiterschaft kann sich den Luxus nicht leisten.

Nun wird nach dem Kriege die Fraktion der alten Partei der Regierung vieles schärfer sagen, wenn die durch den Krieg geboteene Zurückhaltung nicht mehr geboten sein wird. Das werden die Unabhängigen als Erfolg ihrer Politik hinausposaunen. Sie haben dann unsrer Partei „den Ruck nach links" beigebracht und über die Wiedervereinigung mit sich reden lassen, werden einige Bedingungen stellen, die eigentlich selbstverständlich sind und die auch ohne ihr Zutun erfüllt worden wären. Von der andern Seite wird man etwas nachgeben, um die Einigung zu erzielen und die „Grabwächter der Prinzipientreue" haben gesiegt. So rechnen sie wohl. Ich glaube aber, bei aller Liebe zur Partei werden wir darauf nicht eingehen können. Wir müssen Sicherheit verlangen, daß so schwere Zerrüttung der Partei durch sich selbst nie wieder vorkommen kann.

Hoffentlich naht das Ende des Krieges bald und wir haben dann recht viel erprobte, nüchterne Kämpfer hinter uns.

Bis dahin besten Gruß! — —

Weiße Kleider.

Der Wiener „Arbeiterzeitung" wird von einer Frau geschrieben:

Wir alle haben es gehört vom Kriegsbeginn bis zum heutigen Tage, viele, viele Male: wie alle Kräfte nur auf das eine große Ziel gerichtet sind, wie sich aller Hände dafür rühren müßten, die zittrigen des alten Weibleins so gut wie die schwachen der Kinder. Das klingt sehr hübsch, und es ist nur schade, daß man in der Wirklichkeit so oft kleine Widersprüche entdeckt. Man betrachte sich doch einmal die Frauenkleidung des dritten Kriegssommers.

Ich will nicht von der lächerlichen und lästerlichen Materialverschwendung der „weiten Mode" sprechen. Wir haben es ja, gottlob, so weit gebracht, daß Stoffpreise für die Frauen aus dem Volke schon ziemlich gleichgültig geworden sind, indem sie sich ohnehin kein Kleidungsstück mehr anschaffen können und ihre geflickten Röcke weiter flicken. Die Stoffvorräte sind so ziemlich ein Reservat der Besitzenden geworden. Die Damen gehen in Seide und zartem Batist, wie es ihr „gutes Recht" ist. Sie zieren die Kleider mit wundervollen Spitzeneinsätzen und „Motiven", mit handgearbeiteten Filets, Spitzen, Tüllstickereien. Ob Männer die leiseste Ahnung davon haben, welche Unsumme von Arbeit in dem dortigen Tand begraben liegt? Welche Menge von Garn er erfordert, in einer Zeit, da die Materialknappheit mit jedem Tage drückender wird und man den Zwirn zum Wäschenähen eine achtmal so teuer bezahlt wie früher?

Aber das schlimmste ist, daß die Wunder der Nadelkunst ausnahmslos weiß sind. Die weiße Bluse ist einfach eine unerläßliche Notwendigkeit geworden. Nun habe ich nichs gegen weiße Blusen. Es ist nicht nur eine kleidsame, sondern auch noch eine saubere und daher gesunde Mode. Aber diese weißen Blusen verschlingen nicht nur die Arbeit ihrer Herstellung, sondern brauchen fast täglich in der Großstadt neue Arbeit und, was viel ärger ist, Seife und meistens auch feine Stärke. Es ist offenkundige und himmelschreiende Vergeudung, die da getrieben wird. In einer Zeit, da unzählbare, viele Frauen ihren kleinen Kindern nicht weiße Wäsche gönnen können, da man Mühe hat, um den notwendigsten Seifenersatzvorrat des Haushalts beschaffen zu können, gibt es nicht wenige Damen, die mit Stolz betonen, ihre jungen Töchter gingen den ganzen Sommer nur in weißen Kleidern. Denn natürlich gehören zur weißen Bluse auch ein ebensolcher Rock, weiße Strümpfe und Schuhe.

Dasselbe läßt sich wohl auch von den kostbaren gehäkelten, gestickten oder gestrickten Perlenbeuteln sagen, die eine hübsche Mode jetzt der eleganten Frau in die Hand drückt. Gewiß will ich nicht den Asketenstandpunkt vertreten, der jeden Schmuck als unnütz betrachtet; aber es darf doch nicht ein derartig schreiendes Mißverhältnis zwischen Arbeitsaufwand und Erfolg bestehen. Haben wir wirklich nichts Dringenderes zu besorgen, harren nicht tausend Aufgaben der wirkenden Hände? In der Zeit, in der eine „Gobelinstasche" mit stärkster Anstrengung der Augen gestickt wird, näht eine Frau leicht ein paar Dutzend Hemden. Durch Schiebungen und Rückungen könnten auch Kräfte für die Scholle freigemacht werden, jene Kräfte, die wir so bitter nötig haben. Aber die Damen brauchen Handtäschchen, und jede sagt leichtherzig: „Ach Gott, auf das hübschen Arbeit kommt's doch nicht an!" Womit sie zweifellos recht hat. Auch die niedlichen Haarspangen — nicht alter Vorrat, sondern eine Kriegsneuheit, beruht sie doch auf der modernen Frisur — aus glitzernden Steinen und Zelluloid zeugen davon, wie ernst es uns mit dem Einstellen aller Kräfte auf das große Ziel ist.

Gewiß ist das alles an sich kein Unrecht, weder die weiße Bluse, noch die Stickereien, noch die Perlenbeutel. Aber es kontrastiert doch sonderbar mit dem Ernste der Zeit, einer Zeit, die sich die „große" nannte und doch nicht verhindert, daß das kostbarste Gut des Volkes um Nichtigkeiten vergeudet wird: die Arbeit. —

Feststellung des Kohlenbedarfs. Alle Militär- und Zivilbehörden, öffentliche und private Anstalten, Krankenhäuser, Schulen, Rüstungsindustrie, Zivildienstbetriebe, Nahrungsmittelbetriebe, sonstige Betriebe und Geschäfte aller Art haben bis Montag den 11. Juni d. J. den gesamten Verbrauch an Kohlen

Karl, der Sklave.

(Nachdruck verboten.)

Berechtigte Uebersetzung aus dem Schwedischen von A. Quist.

Es war vor mehreren tausend Jahren eines Morgens an der Ostseeküste, als die Urbewohner des Landes noch in Höhlen hausten oder in Hütten, die sie mit Stroh oder mit Reffern gedeckt hatten. Damals jagten die Menschen die Bären noch mit Spießen, an die sie spitze Steine gebunden hatten. Auch ihre andern Werkzeuge machten sie aus Steinen oder aus Knochen. Zu der Zeit hatten die Menschen auch noch keine Götter erdacht, um sich damit zu schrecken, und noch weniger hatten sie einen von ihresgleichen zum Herrn über sich gesetzt, der sie schlug. Ob sie glücklicher waren als wir, oder unglücklicher, weiß ich nicht. Sie werden aber wohl glücklicher gewesen sein, denn sie hatten ja nichts, worum sie auf Leben und Tod einander bekämpfen mußten, wenigstens war noch keiner auf den Gedanken gekommen, zu sagen, ihm gehöre das Land; auch hatten sie keine Zuchthäusler und andre Gefangene, die sie bewachen mußten, und keine Schuldscheine, die ihnen schlaflose Nächte machten. Weiter gab es noch keine elenden Zeitungsschreiber, die sie anschwindelten, und keine Bücher, die ihrer „Moral" gefährlich wurden — wenn sie damals schon wußten, was für ein Ding das ist. Wir können darum behaupten, daß zu der Zeit die Menschen mit ihrem Lose zufrieden waren, fröhlich ihr Bärenfleisch aßen, ihre Steinwaffen zurechtklopften und nachts gut bei ihren Weibern schliefen.

Ja, die Weiber! Alles Unangenehme und Niedrige, das es zu tun gab, das war für sie. Die Frauen waren die ersten, die zur Untertänigkeit verdammt wurden. So war es bei unsern pelzbekleideten Vorfahren, und so ist es noch bei uns, ihren langbehosten Nachkommen.

Also, an diesem Morgen hatte Karl, der Mann, von dem wir berichten wollen, seine Strohhütte verlassen und begonnen, seine Waffen für des Tages Jagd zu schärfen. Uri, sein Weib, stand nicht weit von ihm entfernt mit einem in Pelz gehüllten Kinde auf dem Rücken und spaltete Holz mit einer Steinaxt. Sie wollte ein Stück Fleisch für die Morgenmahlzeit rösten.

Es war noch früh und als Karl mit seiner Arbeit fertig war, rollte die Sonne ihre gelbrote Kugel über den östlichen Himmel; eine breite Straße von gleißendem Golde streckte sich über das spiegelblanke Wasser, und Wolken, die gleich weißen Schwänen über dem blauen Himmel schwebten, wurden für Augenblicke mit leuchtendem Purpur durchfärbt und verwandelten sich dann wieder in blendendes Weiß. Rund umher glänzte es, der Tau auf Blättern und Gräsern, die Steine am Ufer, die Blumen auf dem Lande, die Augen der Menschen . . . .

Im Walde stimmten die Vögel ihre Lieder an, die Nachtigall, der Kuckuck und andre ließen sich hören, und hoch über allem sauste der laue Morgenwind sein hohes Lied.

Karl wandte sich von seiner Arbeit und seine Augen umfaßten das Bild der Freude und des Lebens. All das Herrliche um ihn erfüllte ihn mit einem Gefühl so wundersam, so groß und feierlich, daß er keine Worte dafür finden konnte. Seine Gedanken bewegten sich schwerfällig und langsam. Alles war schön, däuchte ihn, auch die Natur war gut, die ihm alles zu eigen gab, was dort in Freiheit lebte und webte.

Ein Jubelschrei entrang sich seiner Brust, jauchzend und langgedehnt, wie wenn ein Tier des Waldes in dunklem Glücksdrange fernhin losheult. Das war seine Ausdrucksweise und ebenso deutlich wie unsre wortreichen Reden und unsrer Dichter kunstreichen Verse. Dann sprang er zu seinem Weib und zog es an sich, rauh, aber liebevoll. Beide standen aneinandergeschmiegt und schauten über das goldglänzende Wasser . . .

So standen sie lange. Da sahen sie dort drüben etwas, das sie mit Verwunderung erfüllte. War das ein Zauber, oder waren es höhere Wesen, die auf der goldenen Straße der Sonne sich ihrer Küste näherten in einem Nachen von leuchtendem Gold und gezogen von weißen Vögeln. So erschien es Karis und Uris Augen, die dergleichen noch nie gesehen hatten. Sie wußten nicht, ob sie vor Freude in Jubel ausbrechen sollten oder vor Schreck in Tränen; ob sie in den Wald fliehen sollten oder stehen bleiben. Sie blieben stehen, aber ihre Herzen waren voller Erregung.

Nun war das Wunderbare auf dem Wasser ihnen so nahe gekommen, daß sie sehen konnten, wie an Bord des Schiffes sich Männer bewegten, gehüllt in Kleider, die blau waren wie der Himmel. Sie hatten Speere in den Händen, deren Spitzen aus Sonnenstrahlen gemacht zu sein schienen, so glänzten sie. Das waren sicher Wesen, die stärker waren als Kari und Uri, und beide fielen auf ihre Knie, streckten den Ankömmlingen ihre Hände entgegen und senkten ihre Augen zu Boden, damit sie von dem niegesehenen Glanze nicht geblendet würden. So lagen sie, bis das Fahrzeug auf den Steinen des Strandes knirschte, die fremden Männer ans Land sprangen und sich den beiden näherten.

Kari und Uri sprangen auf. Die Fremdlinge blieben vor ihnen stehen und sprachen zu ihnen mit Worten, die sie nicht verstanden.

Was wollten sie? Waren sie zornig und heischten Gaben, damit sie wieder freundlich würden? Kari war unschlüssig.

Da sprach der stattlichste unter den Fremdlingen zu seinen Genossen. Er war ihr Häuptling, und während er sprach, streckte er seine Hand aus über das Land, wie wenn er es umarmen wollte, und als er geendet hatte, hoben die andern ihre Waffen gen Himmel und stießen laute Rufe aus. Das sollte bedeuten, daß Dualo, der mächtige Häuptling aus dem Süden, dieses Land als sein Eigentum erklärte und Kari und Uri und alle von deren Sippe als seine Sklaven. Das verstanden jedoch weder Kari noch Uri. Sie fielen aber zum zweitenmal auf die Knie und Kari streckte dem Häuptling die Hand entgegen als Zeichen seiner Freundschaft, der jedoch schlug nach der Hand mit dem schweren Schafte seines Speeres und wandte Kari den Rücken zu. Da zog eine dunkle Röte über dessen Wangen und es lauchte in ihm eine Ahnung auf, daß die Fremdlinge Feinde seien, vor denen er auf der Hut sein müsse.

Kari sprang auf und rief seinem Weib etwas zu. Beide versuchten, in den Wald zu eilen, zu ihrer Hütte und ihren Kindern. Doch da ergriffen die Fremdlinge sie, banden ihnen die Hände, und schwere Schläge fielen auf ihren Rücken. Und Kari schien es, als sei eine schwarze Wolke vor die Sonne gezogen.

So wurden Kari und Uri Sklaven der Männer des Eisenzeitalters.

Schon oft hatte die Sonne am Himmel ihren Lauf vollbracht, der Winter seine Schneedecke über die Erde gebreitet und der Sommer seine Blumen über die Flur verstreut seit dem Tage, da Kari und seine Genossen in die Sklaverei geführt wurden. Nun streifte er nicht mehr wie ein freier Mann im Wald umher, um mit Speer und Bogen die Tiere der Erde und des Himmels zu jagen. Kein Sonnenaufgang konnte ihn mehr erfreuen seit dem, der ihr zur Finsternis wurde, als er seine Freiheit verlor.

Kari war nun ein alter Mann, sein Rücken nicht mehr aufrecht wie vordem, sondern gebeugt und schwankend; seine Augen waren trübe und sein Haupt gesenkt. Uri, seine Gattin, war tot. Sie mußte aus der Erzgrube Eisen holen und fiel einmal. Da wurde sie so gepeitscht, daß sie daran starb. Wenn Kari daran denkt, dann flammt es rot vor seinen alten Augen auf und seine Hände krampfen sich um den Hammer — aber bald erlöschen seine Blicke wieder und die Hände erschlaffen, denn Kari ist ein Sklave, und das Streben nach Befreiung haben die Männer des Eisens ihm ausgepeitscht. Doch ist Kari nicht einsam, denn acht Söhne helfen ihm am Ofen und am Amboß, in der Grube und am Blasebalg. Sie sind groß und stark, wie Stahl sind ihre Muskeln, ihre Rücken sind breit für schwere Lasten — jedoch was Freiheit ist, wissen sie nicht. Was Kari ihnen davon erzählt, wenn sie um den Herd ihrer Hütte versammelt sind, halten sie für Sagen. Aber ihre Augen leuchten doch auf, denn die alten Ueberlieferungen sinken sie schön. Sie glauben zwar nicht daran, möchten aber doch wissen, was für ein Ding es eigentlich ist, die Freiheit.

„Sind die Eisenmänner frei?" fragen sie, denn sie meinen, daß nur der frei sei, der Macht hat über andre, der Sklaven hat, die ihn bedienen und die er totschlagen kann. „Ist das Freiheit?"

Der Alte schüttelt sein graues Haupt und starrt mit ein stammten Augen ins knisternde Feuer.

„Nein," antwortet er dann und sucht nach Worten, denn es fällt ihm schwer, Worte zu finden, die schön genug sind für seinen liebsten Gedanken. „Nein, Freiheit ist wie der Wind, der in den Bäumen rauscht, wie Vögel, die singen, wie Bären, die im Wald umherschweifen, wie die Blumen auf der Flur, wie ich und Uri

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170608-16/fragment/page=0005

und Koks schriftlich zu melden für die Zeit vom 1. April 1915 bis 31. März 1916 und vom 1. April 1916 bis 31. März 1917, und zwar Steinkohlen, Steinkohlenbrikette, Braunkohlen, Braunkohlenbrikette, Gaskoks, sonstiger Koks, andre Arten. Die Meldungen sind bis spätestens 5 Uhr nachmittags an die Ortskohlenstelle, Marktplatz 22, einzureichen. —

— **Lebensmittel oder Genußmittel?** Nach der Bundesratsverordnung vom 24. Juni 1916 betr. die Bekämpfung des Kettenhandels muß eine Erlaubnis haben, wer sich in periodischen Druckschriften zum Ankauf von Lebensmitteln erbieten will. Herr Schweitzer, der einen Handel mit Likören und Fruchtsäften betreibt, sollte sich dagegen vergangen haben. Er hatte in einer Zeitungsannonce sich zum Ankauf von Himbeersaft in größern und kleinern Mengen erboten, ohne die Genehmigung für die Anzeige nachzusuchen. Der Angeklagte machte unter anderm geltend, Himbeersaft könne nicht als Lebensmittel im Sinne der Verordnung gelten. Er sei nur ein Genußmittel. Das Landgericht verurteilte jedoch den Angeklagten, indem es ausführte, auch Himbeersaft sei ein Lebensmittel. Alles, was dem menschlichen Körper einverleibt werde, gehöre zu den Lebensmitteln im Sinne der Verordnung. Das Kammergericht verwarf die vom Angeklagten gegen dies Urteil eingelegte Revision mit der Begründung, daß Himbeersaft unter den jetzigen Verhältnissen als Nahrungsmittel anzusehen sei, unterliege keinen Bedenken. Auf seine Unkenntnis der Verordnung könne sich Angeklagter auch nicht berufen. Die Verordnung zur Bekämpfung des Kettenhandels habe in allen Zeitungen gestanden. Angeklagter als Kaufmann hätte sich über die Vorschriften informieren müssen. —

— **Zur Frage der Kaffee-Ersatzmittel und des Trinkwassers.** Der geschäftsführende Vorstand des Arbeiterausschusses der vereinigten Unterbeamtenvereine zu Magdeburg hat an den Magistrat eine Eingabe gerichtet, in der eine Reglung in der Frage der Kaffee-Ersatzmittel und eine Besserung des Elbtrinkwassers verlangt wird. Der Magistrat wird gebeten, folgende Vorschläge entgegenzunehmen und sie auf ihre Durchführbarkeit einer Prüfung zu unterziehen: 1. Der Bevölkerung durch Bereitstellung genügender Mengen von Kafee-Ersatzmitteln (gerösteter Körnerfrüchte) die Trinkfrage einigermaßen erträglich zu gestalten; 2. die Bereitstellung billiger destillierter Getränke in die Wege zu leiten; 3. eine reichhaltige unentgeltliche Abgabe gereinigten Wassers vorzubereiten und 4. eine besonders pflegliche Behandlung des Elbtrinkwassers zu veranlassen. —

— **Keine Seife ohne Karte.** Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Obwohl die Rationierung der Seife auf Seifenkarte nunmehr seit länger als Jahresfrist eingeführt ist, zeigt sich, daß im Handel noch vielfach unter Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen Seife ohne Karte abgegeben wird. An manchen Plätzen ist die Seifenkarte noch nicht einmal eingeführt. Es sind dadurch in einzelnen Gebieten Mißstände eingetreten, die eine strenge Rationierung erforderlich machen. —

— **Ei-Ersatz aus Schlemmkreide.** Ein bezeichnendes Beispiel für all die Mittel, die unter dem Namen „Ersatz“ noch immer von erfinderischen Köpfen in den Handel gebracht werden, gab die Verhandlung, die am Mittwoch gegen den Kaufmann Albert Schmidt wegen Vergehens gegen die Kriegsverordnungen vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte stattfand. Der Angeklagte stellte einen Ei-Ersatz in Pulverform her, und vertrieb diesen Ersatz, obwohl er vom Ei eigentlich nur den Namen hatte. Wie Professor Dr. Juckenack in einer der entnommenen Proben nämlich feststellte, bestand er in der Hauptsache aus kohlensaurem Kalk, sogenannter Schlemmkreide, die mittels eines Teerfarbstoffs gelblich gefärbt worden war. Von den Bestandteilen des Eies wies er dagegen nur ganz geringe Mengen Eiweiß, etwa ein Prozent durchschnittlich auf. Trotzdem sollte ein Teelöffel voll von diesem Schlemmkreideprodukt nach der beigegebenen Gebrauchsanweisung genügen, um „den schönsten Eierkuchen zu backen“. Der Angeklagte gab im wesentlichen zu, daß sein Fabrikationsgeheimnis richtig von den Sachverständigen dargestellt worden sei, und führte zu seiner Entlastung nur an, daß er durch den nach einiger Zeit eingetretenen Mangel an Eipulver und Mehl zur stärkern Verwendung von Schlemmkreide gezwungen wurde. Das Gericht verurteilte ihn zu 400 Mark Geldstrafe. —

— **Eine Elternabstimmung über den Schulanfang.** Eine Abstimmung der Eltern über den Schulanfang im Sommerhalbjahr hat der Schulausschuß in Löbau in Sachsen veranstaltet. Von 696 befragten Eltern der Kinder der Oberklassen sowohl der ersten wie der zweiten Bürgerschule haben sich 615 für den 7-Uhr- und 61 Eltern für den 8-Uhr-Schulanfang entschieden. Bei dieser Minderheit handelt es sich meistens um Eltern kränklicher, schwächlicher Kinder, oder um solche, die von auswärts ihre Kinder zum Unterricht in die Stadt schicken. Eine gleiche Abstimmung hat in der Löbauer Realschule stattgefunden und zu dem gleichen Ergebnis geführt. Für den 7-Uhr-Anfang erklärte sich auch das dortige Lehrerkollegium. —

---

wenn wir am Meere stehen und eine rote Sonne am Morgen aufsteigt. Und das alles ist mein eigen und ich bin niemandes eigen! Das ist Freiheit!“

Der Greis schweigt und seine Söhne sehen enttäuscht aus, wie so oft nach des Alten Reden. Sie hatten sich's anders gedacht. War die Freiheit nichts andres, so hatten sie schon genug davon. Was lag ihnen daran, ob sie die Blumen oder den Sonnenaufgang sahen, ob sie den Bären totschlagen konnten. Nein, das sollte anders werden. Sie wußten nicht, was hinter des Alten Worten lag.

„Wir wollen Eisenmänner werden,“ sagten sie dann, denn das war das Höchste, was sie träumen und denken konnten.

„Wir wollen Eisenmänner werden,“ riefen sie aus. „Die haben Götter, die stärker sind als die, an die wir auf ihr Geheiß glauben sollen.“

Aber der Alte antwortete ihnen.

„Wie kann es das Höchste sein, Eisenmänner zu werden, wenn sie auch die Stärksten sind. Sie sind Sklaveneigentümer, und das ist das Niedrigste. Und ihre Götter — ach, die haben sie ja nur selber gemacht.“

Wieder schweigt der Alte; die Worte versagen ihm und er blickt müde vor sich hin. Aber die Söhne fragen:

„Warum redest Du in Rätseln, Alter, und wohin willst Du, daß wir uns wenden sollen? Zu Strohhütten, wie Du, wollen wir nicht hausen und Deine Steinwaffen taugen nichts.“

Kari schaute auf seine Söhne. Dann sprach er:

„Eisenmännerwaffen müssen wir uns schmieden, aber an stärkere Götter als ihre müssen wir glauben und frei müssen wir sein, doch keine Sklavenfänger.“

Aber das verstanden sie nicht, denn das höchste, was sie kannten, war, andre zu unterdrücken, und das schlimmste, das sie sich denken konnten, war, selber besiegt zu werden. Aber der Jüngste seiner Söhne, der die ganze Zeit stillgesessen und mit gespannter Aufmerksamkeit des Alten Reden zugehört hatte, trat auf ihn zu und legte Hand auf seine Schulter.

„Ich glaube Dir, Vater,“ sagte er. „Eisenmann will ich nicht werden, aber noch weniger Sklave in ihrer Schmiede. Auch will ich nicht in ihrem Stalle schlafen. Aber frei will ich sein und des Sonnenaufgangs warten, von dem Du gesagt hast.“

Da leuchteten die Augen des Alten auf und ein heller Schein breitete sich über sein Antlitz aus.

„Ich wußte doch, daß einer mich verstehen würde,“ sagte er, „nun kann ich meine Augen schließen, denn ich weiß, daß einer meine Worte im Herzen trägt.“

So geschah es. Der alte Kari beschloß seine Tage und wurde in die Erde gebettet, das Haupt nach dem Aufgang der Sonne. Sein jüngster Sohn aber ging hinaus und lehrte, wie die Menschen noch stärker werden könnten als die Eisenmänener. Z.

— **Auch eine Verkaufsreglung.** Ziemlich bedenklich erscheint die Maßnahme einer Gemeinde im Kölner Bezirk, die einfach dekretiert:

„Am Samstag dieser Woche sollen Haferfabrikate und Marmelade auf Warenabschnitt 2 und 3 ausgegeben werden. Jede Familie ist verpflichtet, vorher entweder eine Dose Fisch oder 1 Pfund Marmelade bzw. vier Pakete Puddingpulver in näher bezeichneten Geschäften zu entnehmen. Wer diesem nicht nachkommt, wird vom Bezug obiger Waren ausgeschlossen.“

Die Gemeindemitglieder wurden also von ihrem Oberhaupt zwangsweise versorgt mit Stint in Gelee zu 1,60 Mark die Dose und mit Marmelade zu 1,50 Mark das Pfund. Vor einigen Wochen waren Fischkonserven und Marmelade Dinge, die selten sichtbar wurden, jetzt hält man eine Zwangsversorgung für notwendig. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat den Vorgang alsbald zur Kenntnis des Regierungspräsidenten gebracht, damit dem fürsorglichen Nahrungsmitteldiktator in G. ein wenig die Flügel beschnitten werden. —

* **Ein Kind getötet.** In der Trothaer Straße wurde am Mittwoch abend ein 8 Jahre altes Mädchen von einem Stadtbahnwagen überfahren und sofort getötet. Wie Zeugen versichern, versuchte das Mädchen vor einem Fuhrwerk noch über die Straße zu gelangen, ohne jedoch auf einen aus gleicher Richtung kommenden Motorwagen zu achten. Die Leiche wurde nach dem Gertraudenfriedhof gebracht. —

* **Aus dem Polizeibericht.** Am Sonntag wurde ein 7jähriges Mädchen am Böllberger Wege von einem Stadtbahnwagen überfahren und nach Angabe von Zeugen am Kopfe schwer verletzt. Es soll mit andern Kindern auf der Straße gespielt und unmittelbar vor den Wagen gelaufen sein. Das Kind wurde der kgl. Klinik zugeführt. — Hinter der Saalschloßbrauerei wurde eine schon stark in Verwesung übergegangene weibliche Leiche aus der Saale gezogen. Die Tote, deren rechter Unterarm fehlte, war nur mit Schuhen und Strümpfen bekleidet. Sie wurde nach dem Gertraudenfriedhof gebracht. — Am Mittwoch abend wurde die Feuerwehr nach der Roßbachstraße gerufen, woselbst vermutlich durch Funkenflug einer Rangiermaschine dort gelagertes Stroh in Brand geriet. Der Schaden ist bedeutend, da größere Strohvorräte und eine Strohpresse vernichtet sind. Bei der Bergung der Presse erlitt ein Soldat eine Armverletzung. — Am 1. Juni wurde einem Schulknaben eine rotbraune Geldbörse, ohne Knopfverschluß, mit 14,41 Mark abgenommen. Der Junge gibt an, die Geldbörse mit 20 Mark Inhalt an der Ecke Dessauer und Lessingstraße gefunden zu haben. Da es nicht ausgeschlossen erscheint, daß die Geldbörse aus einem Diebstahl herrührt, wird der Eigentümer ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 23 oder 24, zu melden. —

Aus der Parteibewegung.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für den 17. sächsischen Wahlkreis (Reichstagsvertreter Molkenbuhr) hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab. Nach dem Geschäftsbericht hat der Kreis noch 1357 männliche und 247 weibliche Mitglieder. Die Versammlungstätigkeit liegt sehr danieder, was in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß besonders in den großen Orten keine Säle zur Verfügung stehen, da diese fast überall mit Militär belegt sind. Soweit die Vorgänge in der Partei in Frage kommen, besteht im 17. Wahlkreis die vollste Einmütigkeit darüber, daß die Geschlossenheit der Partei unter allen Umständen aufrechtzuerhalten ist. Der Reichstagsabgeordnete des 18. Kreises, Wilhelm Stolle, der organisatorisch zum 17. Kreise gehört, sich aber bekanntlich zu den Unabhängigen zählt, kann selbstverständlich nicht mehr Mitglied der Kreisorganisation sein, weshalb der Kreisvorstand die nötigen Schritte eingeleitet hat, die in ihrem Endresultat darin gipfelten, daß Wilhelm Stolle durch seine Tätigkeit für die Parteizersplitterer die Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei Deutschlands selbst gelöst hat. Die Generalversammlung stimmte dem Entscheid des Kreisvorstandes einstimmig zu und brachte besonders zum Ausdruck, daß für diese Entscheidung nicht etwa seine oppositionelle Auffassung, sondern seine Tätigkeit im Dienste der organisierten Minderheit maßgebend ist. Es könne nur ein Hüben oder ein Drüben geben. — Die finanziellen Verhältnisse des Kreises sind trotz der natürlichen Schwächung der Organisation sehr gute zu nennen, denn der Kreis verfügt über einen Kassenbestand von nahezu 10 000 Mark, wozu noch beträchtliche Beträge kommen, die in den Ortsgruppen vorhanden sind. Nach einem Referat des Bezirksvorsitzenden Mehnert (Chemnitz) beschloß man, den Parteitag mit zwei Delegierten zu beschicken. Gewählt wurden die Genossen Schleicher (Meerane) und Eismann (St. Egidien). Mit der Haltung der „Volksstimme“ erklärte sich die Kreisversammlung einstimmig einverstanden.

Die Generalversammlung des 20. Wahlkreises (Vertreter im Reichstag Paul Göhre) tagte am Sonntag in Gelenau. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse im Erzgebirge im letzten Jahre noch trostloser geworden sind, da im Kreise fast keine Kriegsindustrie vorhanden ist und die vorherrschende Textilindustrie außerordentlich stark zurückgegangen ist. Alle diese ungünstigen Umstände haben natürlich auch auf die Organisation schädlich gewirkt. Wir haben nur noch in 21 Orten Mitglieder. Eingezogen sind zirka 1500 Mitglieder. Die vom Parteivorstand in Umlauf gesetzte Friedenspetition erzielte 1874 Unterschriften, eine Zahl, die wesentlich höher geworden wäre, wenn nicht die ganze Arbeit durch das behördliche Verbot eine Störung erfahren hätte: zirka 800 Unterschriften verfielen der Beschlagnahme. Charakteristisch ist, daß die Parteiversammlung, die sich nur mit geschäftlichen Angelegenheiten zu befassen hatte, im Auftrag der Annaberger Amtshauptmannschaft überwacht wurde. Ob etwa bei der genannten Behörde die Neigung besteht, uns langsam wieder mit Nadelstichpolitik vertraut zu machen? Genosse Göhre, der seit zwei Jahren das erstemal wieder im Kreise war, betonte in seiner Ansprache, daß er freiwillig in die Reihen derer getreten sei, die zum Schutze der Heimat hinausziehen mußten, mit denen er gern Leid und Gefahren teilen wollte. Die gewonnenen Erfahrungen würden ihm sicher nach dem Kriege von Nutzen sein. Mit Genugtuung erfülle es ihn, daß im Kreis einmütig die Auffassung bestehe, der Partei die Treue zu wahren. Zum Verhalten der Marienberger Amtshauptmannschaft in der Unterstützungsfrage stellt Göhre fest, daß sich die genannte Behörde damit in schroffen Gegensatz zu den Anschauungen des Reichstags und der obern Reichsbehörde stelle. — Als Delegierte für den Parteitag wurde Genosse Uhlig (Ehrenfriedersdorf) gewählt. —

Kleine Chronik.

In der Jauchegrube erstickt.

Der „Wandrer“ berichtet aus Gleiwitz: Der 39 Jahre alte Fuhrunternehmer und Ackerbürger Rudolf Grünmann von der Koseler Straße 11, der Nachbarssohn und Militärurlauber Kowohl, sowie ein russischer Fuhrknecht des verunglückten Grünmann haben ihren Tod durch Ersticken in der Jauchegrube gefunden. —

Unterschlagungen eines Rentmeisters.

In Konitz beging der Rentmeister des Kreises Schlochau, Schmidt, nach Unterschlagung von 34 000 Mark amtlichen Geldern Selbstmord durch Erschießen. —

Der Kampf ums Brot.

In Berlin ist dieser Tage, wie wir meldeten, ein Ingenieur zu sieben Wochen Gefängnis verurteilt worden, weil er als Geschenk eine Brotkarte angenommen hatte. Der Unglückliche hatte eines Tages einem ihm im Restaurant sitzenden unbekannten Herrn geklagt, daß er infolge Herabsetzung der Brotration oftmals mit seiner Familie hungern müßte. Der Herr erzählte darauf, er bekomme von seinen Schwiegereltern aus Ostpreußen vielfach Lebensmittel gesandt, so daß er seine Brotkarten gar nicht ausnutzen könne. Er erklärte sich gern bereit, dem Ingenieur eine Brotkarte zu verehren, die dieser mit Dank annahm.

Auf bisher unaufgeklärte Weise — und wie wir gern gestehen, zu unserm Bedauern — ist dieser Vorfall zur Kenntnis der Behörden gelangt und führte zu dem angegebenen Urteil. Die Familie des Ingenieurs hat 1600 Gramm Brot mehr zu essen gehabt, aber ihr Oberhaupt ist infolgedessen ein wegen Hehlerei mit Gefängnis vorbestrafter Mann! Das Schöffengericht Berlin-Mitte hat nämlich merkwürdigerweise angenommen, daß die verschenkte Brotkarte gestohlen sein müsse, da sonst niemand in dieser Zeit Brotkarten zu verschenken habe, und daß der Angeklagte das gewußt haben müsse. Da seine Handlungsweise geeignet sei, die Volksernährung in höchstem Grade zu gefährden, habe auf eine hohe Strafe erkannt werden müssen.

Die schöffengerichtliche Verhandlung ist nach mehr als einer Richtung hin interessant. Zunächst erfährt man aus ihr, daß es in Berlin immer noch Leute gibt, die alle die Volksernährung betreffenden Verordnungen auf das allerstrengste beobachten. Die Mitglieder des Schöffengerichts hätten natürlich nicht zu einem so strengen Urteil gelangen können, wenn es wahr wäre, daß jedermann in Berlin bereit sei, den bestehenden Vorschriften ein wenig aus dem Wege zu gehen, wenn er dabei Gelegenheit fände, seine Ernährung ein wenig aufzubessern. Es kann somit auch nicht richtig sein, was vielfach erzählt wurde: Daß nämlich ein hoher Beamter bei einer Ernährungskonferenz gefordert hätte, unter den anwesenden Herren möchte sich doch derjenige melden, der ausschließlich von seinen Rationen lebe und noch nie etwas „von hinten herum“ bekommen habe — und es habe sich niemand gemeldet.

Die Mitglieder des Schöffengerichts hätten nicht so urteilen können, wenn sie sich nicht selber in dieser Beziehung vollkommen tadelfrei und schuldlos gefühlt hätten. Nichtsdestoweniger wird man sagen können, daß sie innerhalb der Berliner Bevölkerung weiße Raben sind, und daß von solchen vereinzelten Fällen heroischer Sebstverleugnung ziemlich allgemein der Grundsatz gilt: Man nimmt, was man kriegt!

Die Annahme der Richter, die Verantwortung des Angeklagten könne nicht den Tatsachen entsprechen, zeigt von einer gewissen Weltfremdheit. Gewiß sind die Leute, die heutzutage noch Brotkarten zu verschenken haben, selten. Aber daß ein Herr, der in Ostpreußen Schwiegereltern hat, auf die Rationen, die ihm die städtische Verwaltung zuteilt, nicht angewiesen ist, ist ohne weiteres einleuchtend. Die Verwandten vom Lande, die in Friedenszeiten als gelegentlicher Logierbesuch wenig willkommen waren, sind im Kriege zu hohen Ehren gekommen. Zu doppelt hohen Ehren, wenn sie in Ostpreußen oder Mecklenburg zu Hause sind und eine erkleckliche Zahl von Hektaren ihr eigen nennen. Ein Mann, der solche Verwandtschaft hat, kann es sich auch einmal leisten, einem notleidenden Nachbarn unter die Arme zu greifen.

Man hat uns gelehrt, daß wir im Krieg ein einig Volk von Brüdern sein sollen, einer dem andern zu Hilfe bereit. Nach diesem Grundsatz hat der unbekannte Wohltäter aus dem Restaurant gehandelt: er hat von seinem Ueberfluß einem Bedürftigen etwas abgegeben. Jetzt kann er von Glück sagen, daß es der Behörde nicht gelungen ist, auch ihn festzustellen, er hätte sonst vielleicht mit seinem Schützling die Zelle teilen können!

Ein Urteil wie dasjenige des Berliner Schöffengerichts bedeutet eine Ueberspannung eines an sich richtigen Prinzips und muß darum von denjenigen am entschiedensten bestritten werden, die diesem System aus Ueberzeugung anhängen. Die Rationierung war eine Notwendigkeit, ohne die das deutsche Volk, vor allem der geringer bemittelte Teil der Bevölkerung zugrunde gegangen wäre. Dieses System hätte sich auch vollkommen bewährt, wenn nicht infolge der unerwartet langen Dauer des Krieges die Rationen arg zusammengeschrumpft wären, so daß sich um die nichtrationierten Reste von Lebensmitteln ein wilder Kampf, ein Kampf ums Dasein, entspann. Trotzdem bleibt die Rationierung unsre Rettung, und wer das wohldurchdachte System aus kapitalistischer Gewinnsucht durchbricht, es in zynischem Egoismus mißachtet, den mag die ganze Schärfe des Gesetzes treffen. Aber einen armen Teufel, der seinen Kindern ein Stück Brot nach Hause bringt, das auf fremde Brotkarte erworben ist, als Hehler ins Gefängnis zu stecken — das geht nicht! Das erinnert an die schwersten Angstträume vom drohenden „sozialistischen Zuchthausstaat“, mit denen einst ein Stumm und ein Eugen Richter sich selbst und andre quälten. Mit dieser Sorte von „Sozialismus“ wollten wir schon damals und wollen wir auch heute noch nicht das mindeste zu tun haben. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170608-16/fragment/page=0006